

Der Populismus – Sechs Anmerkungen zu einer alternativen Form demokratischer Herrschaftsausübung (GS 4-19)

I. Eine Praxis und ein Vorwurf mit einer langen demokratischen Tradition

In der ersten Anmerkung heißt es: Populismus gibt es – und zwar nicht erst seit heute – als Vorwurf in der demokratischen Öffentlichkeit. Was beinhaltet und worauf zielt dieser Vorwurf, was kann man daraus lernen?

— Gerade gab es den Vorwurf an den Grünen Robert Habeck – der sagte, man solle die Flüchtlingskinder ganz schnell und im Alleingang aus den überfüllten griechischen Lagern nach Deutschland holen –, er wolle mit dieser Idee gerade zu Weihnachten bloß Punkte machen, er mache den Vorschlag aus purer Berechnung, unter Ausnutzung dieses Elends. Der Vorwurf ist etwas, was die, die es ihm vorwerfen, selber als ihr moralisches Anliegen anführen. Inhaltlich ist es das dasselbe wie der Populismusvorwurf an die neuen Populisten.

— Den Vorwurf des Populismus gibt es eben gerade auch innerhalb des demokratischen Spektrums. Von der Seite der Regierenden wird das dann so ausgedrückt, dass Regieren heißt, man muss auf Sachzwänge achten, darf keine uneinlösbaren Versprechen machen. So wird der demokratischen Opposition der Populismusvorwurf gemacht.

— Was ist das also für ein Vorwurf, der ja total gängig ist und doch sehr eigentümlich? Der Vorwurf lautet, dass die Herrschaft dem Volk was verspricht. Das scheint für die offizielle Politik eines der schlimmsten Vergehen zu sein.

Was da alles unter den Titel ‚Populismus‘ fällt, hat den Inhalt, dass sich Politiker in spezifischer Weise auf das Volk beziehen: Sie behaupten, sich ums Volk zu kümmern, was für das Volk zu tun. Dafür zu sorgen, dass das Volk zu seinem Recht kommt und die Politiker, die das nicht getan haben, abgewählt werden, damit sie als wahre Volksfreunde an die Macht kommen. Der Populismusvorwurf sagt, dass man diesen Bezug aufs Volk nicht billigen kann, denn das sei unseriös, spalte das Volk, tue so, als ob man für alle Probleme einfache Lösungen hätte und als ob die etablierten Politiker sich nicht um für alle angemessene Lösungen kümmerten.

— Wenn gesagt wird, das spalte das Volk, ist das verlogen, weil das Angebot ja nur ist: alle Nöte, die angesprochen werden, sollen darin aufgehoben sein, dass man selber die Alternative des Regierens bildet.

Die Vorwürfe an die Populisten entstammen einer Praxis, die nicht erst mit den jetzigen Populisten in die Welt gekommen ist, sondern die alle oppositionellen Parteien in der Demokratie beständig pflegen: dass sie unter Berufung auf das Volk Kritik an der Regierung üben, dass es unbedingt eine andere Führung bräuchte, die das, was das Volk will, tatsächlich realisiert.

— Und umgekehrt: Eine Regierung, die der Opposition den Vorwurf macht, sie würde unrealistische Forderungen erheben.

Also auch nach der anderen Seite handelt es sich da um eine in der Demokratie immer stattfindende Praxis. Die kritisierten Politiker beschimpfen nicht erst neuerdings das als Populismus, sondern immer schon sind im Wahlkampf diese oppositionellen Bemühungen, an die Macht zu kommen, von den Herrschenden kritisiert und inkriminiert worden als unzulässige Vereinfachung, als unseriöses Auftreten, als Personenkult. Auch das sind gängige Vorwürfe aus dem demokratischen Parteienleben.

Insofern erfährt man aus diesen öffentlichen Vorwürfen und der zitierten Praxis der Populisten nichts über das, was sie insbesondere auszeichnet, was das ist, das sie zu Populisten macht im Unterschied zu anderen. Sondern nur das eine, dass da den etablierten Parteien offensichtlich eine erfolgreiche Konkurrenz erwächst, die sie eben mit dem Populis-

mus-Vorwurf kritisieren vom Standpunkt, dass Regierung und Opposition Positionen in der Demokratie sind, die nur den etablierten Parteien zukommen.

— *Der Satz im Artikel, aus dem diese Schlussfolgerung kommt, heißt: „Es ist offensichtlich so, Populisten sind zu allererst demokratische und gerade deshalb ärgerliche Konkurrenten.“ (S. 6, u.) Diese Aussage gilt ja für alle demokratischen konkurrierenden Parteien, auch für die etablierten. Aber über die regen sie sich offenbar anders auf, also muss an den Populisten was Besonderes sein, was den Grund abgibt. Es ist ihnen offenbar bewusst, dass die Populisten nicht einfach Konkurrenten um eine alternative Verfolgung der Staatsräson sind und insofern dazugehören zu dem etablierten Parteiensystem, sondern dass in der Art, wie sie die Beziehung zum Volk sehen, schon ein Unterschied ist, der eigentlich den Grund für das Urteil abgibt: sie sind Feinde der Demokratie, als solche werden sie aufgebaut. Dazu wird im 1. Punkt festgestellt: die Differenz, die da so wichtig sein soll, finden wir nicht. Die Überleitung wird dann gemacht: sie selber legen aber Wert auf einen prinzipiellen Unterschied.*

Aus dem, dass alles, was sie ihnen vorwerfen, übliches demokratisches Zeug ist, folgt nicht, dass die demokratischen Parteien sich auf die Suche machen müssten, was sie eigentlich gegen sie haben. Der I. Punkt beschäftigt sich gar nicht mit einer positiven Aufklärung, was Populisten sind oder nicht, ob sie eine Identität mit Demokraten haben oder nicht, sondern damit, dass man aus dem, was die sog. Altparteien gegen die Populisten ins Feld führen, eigentlich gar keinen Unterschied feststellen kann. Was ihnen vorgeworfen wird, sind die üblichen Touren der Parteien im Wahlkampf. Nämlich dass es zum demokratischen Ringen um die Macht immer dazu gehört, dass man sich aufs Volk beruft, dass man die Unzufriedenheit der Leute aufgreift und sie zum Argument macht, dass man selbst an die Regierung kommen muss. Wenn diese üblichen demokratischen Touren des Bezugs auf das Volk von den „Altparteien“ den Neuen vorgeworfen werden, wird im Artikel der Schluss gezogen: Die stören sich gar nicht an einer Andersartigkeit der Partei, sondern daran, dass sie ihnen als Konkurrenten um die Macht in die Quere kommen. Wenn sie keine anderen Vorwürfe als die auch zwischen den etablierten Parteien üblichen auffahren, ist auch das ganze Ärgernis, das sie darstellen, dass sie *neue* Konkurrenten um die Macht sind, die man nicht zulassen will.

— *Aber natürlich merken die Demokraten genauso, wie die Populisten offensiv auf dem Unterschied rumreiten. Deshalb wird ihnen vorgeworfen, sie wollen die freie Presse abschaffen, fake news verbreiten, den Rechtsstaat unterwandern, die Institutionen sich zurechtbiegen etc. Die Vorwürfe treffen einen Punkt, an dem die Populisten Unterscheidungen praktisch aufmachen wollen.*

— *All die genannten Vorwürfe sollen zwar heißen: sie sind Feinde der Demokratie. Daraus kann man nicht den Rückschluss machen, es herrsche bei den Altparteien ein Bewusstsein von der Besonderheit der Populisten, der AfD o.ä, und sie müssten sich fragen, was hat es damit auf sich. Von ihnen her sind sie nichts als demokratische Konkurrenten um die Macht, das macht sie so ärgerlich. Wem hat F.J. Strauß nicht alles vorgeworfen, Feinde der Demokratie zu sein: den gediegensten Sozialdemokraten.*

— *Der Vorwurf, sie wären undemokratisch, soll heißen, sie sind keine legitimen Anwärter auf die Macht. Ernst genommen wäre es absurd, wenn es der Standpunkt der etablierten Parteien wäre, die sind Feinde der Demokratie. Dann stünde etwas anderes an. Das merkt man sogar dem Vorwurf noch an, der heißt, die Populisten sind nicht demokratisch, dass es darum geht, sie als Konkurrenten um die Macht zu delegitimieren.*

— *Ist es denn nur Taktik wenn sie fordern: Diese Partei (zumindest Teile davon) müsse man durch den Verfassungsschutz beobachten lassen, ob sie nicht Verfassungsfeinde sind?*

— *Sie gehen eben mit allen Mitteln gegen sie vor. Auch damit sollen Punkte bei den Wählern gemacht werden.*

— *Auch früher schon wurde der Verfassungsschutz bemüht, um linke Teile der SPD, Jusos zu kontrollieren, oder man kennt es als Umgang mit der PDS, dass Demokraten den Übergang machen, dass sie demokratische Konkurrenten um die Macht zugleich als Feinde der Demokratie nicht nur denunzieren, sondern sie auch praktisch per Verfassungsschutz etc. traktieren.*

Das ist die schon angesprochene Logik. Mit der säuberlichen Unterscheidung, jetzt in Bezug auf die AfD, dass man gar nicht sagt, das ist eine rechtsextreme Partei, die vom Verfassungsschutz verboten gehört, sondern genau diese Unterscheidung macht: Sie ist einerseits eine Partei, der man vorwerfen muss, sie bezieht sich in falscher Weise auf das Volk (falsche Versprechungen machen, sich aufspielen als wahrer Vertreter des Volkes). Davon abgetrennt macht man Teilen der Partei den weitergehenden Vorwurf, Rechtsextremisten zu sein, die müssten den Verfassungsschutz überantwortet werden. Diese Unterscheidung ist gerade noch mal der Beleg dafür, dass man der Partei, sofern sie nicht zu den rechtsextremen Teilen gehört, nichts anderes vorwirft, als was gängige Praxis ist der Parteienkonkurrenz ist. Dass sie sich aufs Volk berufen, die Herrschaft den bisher Regierenden abspenstig machen wollen, wird ihnen vorgeworfen. Das ist in dem Sinne keine Demokratie-fremde Praxis, sondern verdankt sich dem, dass diese Parteien *Erfolg* haben gegen die ‚Altparteien‘.

II. Eine gezielte Abweichung vom etablierten Politikbetrieb im Namen des geliebten Populus

Der Vorwurf des Populismus hält also gar nichts Besonderes an den Populisten fest. Die Populisten legen allerdings selbst großen Wert darauf, sich zu unterscheiden. In II. geht es darum, wie sie sich zu dem Politikbetrieb stellen und was man daraus über sie erfährt.

— *Die Populisten werden schon wegen ihres schlechten Stils angefeindet. Dass sie sich ziemlich ungehobelt aufführen, sich absetzen gegen die gepflegten Manieren der etablierten Parteien. Aber was ist die Grundlage der Ungehobeltheiten, die sie sich erlauben, wenn sie z.B. gegen die Gesinnungsdiktatur der Etablierten hetzen. Die Grundlage ist, dass sie den Anspruch haben, wir reden dem Volk aus dem Herzen, sind authentisch, man merkt an unserem Auftreten unsere Volksverbundenheit, dass wir die richtigen Vertreter sind. Über diese Tabubrüche wird sich aufgeregt.*

— *Der Grund ist aber nicht, dass sie dem Volk die Umgangsformen abgelauscht hätten, sondern damit drücken sie ihre Verachtung gegenüber dem etablierten Politbetrieb aus, dass die Verräter am Volk seien.*

— *Das widerspricht dem vorher Gesagten nicht. Sie drücken damit aus, wie verbunden sie dem Volk sind. Indem sie schlechte Manieren kopieren. Das tun die anderen nicht, erheben sich übers Volk, sind deshalb Verräter. Das sieht man schon an den vornehmen und elitären Manieren.*

— *Die vorgestellten Sitten selbst sind gekennzeichnet als „prollige Sitten“, das ist der Gehalt des Verstoßes, dass die Sitten, die man aufführt, dem Volk abgelauscht, eben proletenhaft ist.*

Was Populisten treiben mit ihren Tabubrüchen und ihrer Kritik der political correctness der etablierten Parteien, das ist nicht das gleiche wie: Sie führen sich auf wie das Volk. Ihr Ausgangspunkt ist eine *Kritik* an den gängigen Parteien, die heißt, die verraten das Volk, vertreten es nicht in korrekter Weise. Da kommt das Bedürfnis her, sich von dem etablierten Politikbetrieb unterscheiden zu wollen, Wert darauf zu legen, dass man sich anders aufführt. Sich an die da gepflegten Sitten und Umgangsweisen nicht zu halten, programmatisch einen anderen *Stil* zu pflegen. Und der Inhalt dieses Stils, dass sie sich Sachen zu sagen trauen, die bei den herkömmlichen Parteien nicht politisch korrekt sind – das ist

jetzt deren Behauptung –, das ist das, was das Volk will. Damit stellen wir unsere Identität mit dem Volk unter Beweis, wenn wir uns anders aufführen als die herkömmlichen Politiker. Das ist was anderes, als zu sagen, so führt sich das Volk auf.

Der Populist will sich damit als der bessere Führer oder der eigentlich für die Macht übers Volk prädestinierte qualifizieren; indem er seine charakterliche Nähe zum Volk demonstriert, beansprucht er, der geeignete Vertreter des Volkes zu sein.

— *Mit ihren Tabubrüchen machen sie ein Kampfprogramm auf gegen die etablierten Parteien. Sie betonen das Anders-sein, sie sind die „Alternative“ für Deutschland“. Wenn sie vom Nationalsozialismus als bloßem „Fliegenschiss“ sprechen, dann wollen sie aufräumen mit der gängigen Politik der etablierten Parteien.*

Noch genauer: Gegen was richtet sich das Auftreten der Populisten, dass sie Wert darauf legen, sich unterscheiden zu wollen, anders aufzutreten als die herkömmlichen Politiker? Dann kommt man auf den Inhalt dieser Tabubrüche.

— *Dass sie das „nicht Sagbare“ aussprechen wollen, Tabubrüche praktizieren wollen, damit wenden sie sich gegen die Sitten, die hier politisch etabliert sind. In diesen Sitten ist vorgesehen, dass bei der Ansprache und Auseinandersetzung Respekt geübt wird zwischen den entgegengesetzten Interessen. Diesen Respekt lehnen sie ab und beanspruchen demgegenüber, dass die Meinung des Volkes ohne Relativierung zu gelten hat.*

Sie beziehen sich auf etwas, das zur politischen Debatte hierzulande dazugehört: dass jenseits aller Gegensätze, die es in der Gesellschaft gibt, die Politik sich, aber auch alle Bürger, auf Respekt und Toleranz verpflichtet – darauf legen demokratische Politiker Wert. Gegen diese eingerichteten Sitten im politischen Umgang miteinander stehen die Populisten auf, und zwar vom Standpunkt aus, dass sie das Volk vertreten als die richtige und einzige Meinung, die deswegen zu Recht Gültigkeit beanspruchen darf, die sich nicht relativieren, Respekt haben und tolerant sein muss, weil sie doch der Standpunkt und Wille des Volkes ist.

Mit ihrer Feindschaft gegen politische Korrektheit, gegen eingerichtete Sitten und Gebräuche, wollen sie unter Beweis stellen, dass sie sich durch keine Respekt- und Toleranzgebote davon abbringen lassen, für das Volk einzutreten, dessen Standpunkt, dessen Meinung zu vertreten.

— *Insofern wird in diesem II. Punkt die Differenz zu den etablierten Parteien eingelöst, auf die die Populisten Wert legen, und die im I. Punkt als Frage übrigbleibt, also: worin unterscheiden sie sich denn dann. Mit dem Satz auf S. 7: „Sie tun sich damit leicht ...“ (die etablierten politischen Sitten als Vorschriften ... zu entlarven), wird darauf hingewiesen, dass dieser Tabubruch nicht nur ein Signal der Volksverbundenheit ist, sondern auf etwas trifft, was es in dieser demokratischen Gesellschaft tatsächlich gibt, das man ablehnt. Der Hinweis im Artikel ist wichtig, weil er kritisiert, dass dieser Respekt in der Demokratie trotz aller Gegensätze und Klassenunterschiede jedem als gleichen Mitbürger abverlangt wird.*

Das fasst die Punkte nicht richtig. Der I. Punkt ist kein Urteil von uns über die. Im Artikel wird nicht gesagt, das sind erst mal Demokraten, erst später würde sich ihre Andersartigkeit erweisen, sondern der erste Punkt nimmt auf: Wie kritisieren Demokraten eigentlich den Populismus. Und das verrät einiges über die Demokraten selbst. In Wirklichkeit kennen sie den Unterschied zu den Populisten, den wir rausarbeiten, gar nicht. Sie beziehen sich auf die eben als demokratische *Konkurrenten*, deren Erfolg als Konkurrenten ist das ärgerliche.

Insofern steht im II. Punkt: Die Populisten entwickeln das Bedürfnis, ihre besondere Stellung zum Volk unter Beweis zu stellen, indem sie sich anders aufführen; mit ihren Tabubrüchen greifen sie eine in der Demokratie gepflegte Praxis an, sie wollen sich nicht darauf verpflichten lassen, nur *eine* Position im politischen Spektrum zu sein, die den anderen gegenüber tolerant und respektvoll ist.

— *Dagegen habe ich einen Einwand. Der Staat erwartet von seinem Volk Respekt vor politischer Correctness, zu der auch der Respekt vor Minderheiten gehört. Die Populisten legen mit ihren Tabubrüchen Einspruch gegen diese Moral der politischen Correctness ein, kündigen damit auf, dass gewisse Minderheiten überhaupt zu dem Volk, das sie vertreten wollen, gehören. Sie sortieren das Volk: die guten Deutschen gegen andere, denen kein Respekt gebührt.*

An dieser Stelle ist erstmal festgehalten: Sie berufen sich auf ihre Identität mit dem Volk gegen das, was sie Gesinnungsdiktatur nennen – sie treffen da darauf, dass der demokratische Laden in der Tat Toleranz als Gebot kennt, das die Herrschaft dem Volk als korrekten Benimm aufmacht und „tun sich leicht“ (S. 7, m.), das als Gesinnungsdiktatur zu geißeln.

— *Der Artikel macht eine Verlängerung: Gegen dieses Gebot der Toleranz stellen sie ihre Hetze. In dieser Hetze reklamieren sie die Meinung des Volkes für sich, heißt, sie buchstabieren dem Volk vor, wie es zu denken hat, „und zwar so, dass der verpflichtende und ausschließende Charakter der volksfreundlich vorgelebten freien Meinung unüberhörbar wird“ (S. 7). Sie sind diejenigen, die vertreten, was die Meinung des Volkes ist.*

— *Dass das ein Kampfprogramm ist, wird gekennzeichnet durch das bedingungslose Festhalten am eigenen Standpunkt, der sich nicht relativieren will. Worin der noch alles besteht, kommt später.*

Was daherkommt als Stilkritik – wir lassen uns den Mund nicht verbieten – ist eine politische Aussage: dass sie die Vertreter des Volkes sind, dass in ihnen die Identität von Volk und Herrschaft verkörpert ist, weshalb sie offensiv darauf dringen müssen, dass nichts außer ihrem Standpunkt und ihrer Politik das Recht hat, Gültigkeit zu beanspruchen. Diese Identität verträgt es also nicht, dass man sich vorschreiben lassen muss, dass außer ihrem noch andere Standpunkte (die dann natürlich nicht dem Volkswillen entsprechen) toleriert und respektiert werden. Dieser Berufungstitel gibt ihnen das Recht, keinen Widerspruch zu dulden. Man kann ihnen nicht mit Toleranz kommen, weil man damit dem Volk das Maul verbietet.

Und die Fortsetzung davon ist: In diesem Sinne treten sie polemisch gegen den eingerichteten Politikbetrieb auf, indem sie nicht nach einvernehmlichen Lösungen suchen, sondern gegen die anderen auftreten unter dem Motto: da gibt es etwas durchzusetzen, nämlich das, was man ist und verkörpert, gegen die anderen.

— *Also gerade das, was beim Kompromiss verlangt ist – das Abstandnehmen vom eigenen Interesse – das verteufeln die als ‚volksfremd‘.*

— *Es kommt noch etwas dazu: Es ist etwas anderes zu sagen, ich gehe gegen die Moral des Kompromisses vor oder ich gehe damit gegen die institutionell eingerichtete Art und Weise des Regierens vor, nämlich die Kompromissfindung zwischen Bund und Ländern, den Institutionen etc.; damit wäre die praktisch gültige Form des Politikmachens über Kompromisse ebenfalls angegriffen.*

Auf der Ebene des Stils wie der Moral ist das Gewese der Populisten eine Infragestellung des etablierten Politikbetriebs und der besteht nicht aus der Suche nach Kompromissen (z.B. zwischen Bund und Ländern o.ä.) – Regieren geht anders und die dazugehörigen Streitereien sind nicht gut mit ‚Suche nach Kompromissen‘ gekennzeichnet, sondern das ist die Moral, die zum etablierten Politikbetrieb gehört, wo lauter Verfahrensweisen eingerichtet sind bei dem dauernden Streit darüber, wie das Allgemeinwohl zu exekutieren ist.

— *Ist der mangelnde Respekt, den die Populisten gegenüber der etablierten Polit-Moral rauhängen lassen, der Grund dafür, dass die Rest-Linke, die es noch gibt, besonders die AfD aufs Korn genommen hat? Deren Politik ist ja inzwischen vor allem darauf gerichtet, AfD-Parteitage lahmzulegen. Sie nehmen doch ernst, was da an moralischen Titeln unterwegs ist.*

Die Fragestellung ist schräg. Die Linken, die die AfD aufs Korn nehmen, haben sich nicht die Mühe gemacht, den Begriff des Populismus zu erarbeiten, um dann zu sagen, deshalb müsse man gegen sie sein. Sie kommen drauf, weil die AfD in die Nähe des Faschismus gerückt wird bzw., auch ist. Mag sein, dass deren Respektlosigkeit – oder wie die AfD zu Ausländern steht – die Linken auch stört. Aber es bringt nichts, das mit dem zu vermischen, worum es hier gerade geht, nämlich, was die Populisten wirklich auszeichnet.

Was hier besprochen wird – Stichwort Tabubrüche –, dass sich die Populisten absichtsvoll unterscheiden wollen, dass sie darin tatsächlich etwas in Frage stellen, was in der Demokratie praktiziert bzw. eingefordert wird: Respekt und Toleranz, führt dazu, dass nicht nur die Linken sich darüber aufregen, sondern eben *alle* Parteien; das ist keine Besonderheit der Linken. Es führt nicht weiter, Thesen über die Linken aufzustellen, wo gerade gesagt wurde, dass dieses Programm der Populisten sich nicht nur gegen die Linken, sondern gegen alle etablierten Parteien richtet und auf entsprechenden Widerstand stößt. Wie das speziell bei den Linken aussieht, ist ein anderes Thema und sollte jetzt nicht weiter verfolgt werden.

— *Eine Frage zu dem Salvini-Zitat (S. 8 vor III.), der „... keine Angst (hat) vor dem Urteil der Italiener“. Dem sind doch zwei Aussagen zu entnehmen. Die erste ist: Es gibt eine Einigkeit zwischen mir und dem Volk – da passt kein Blatt Papier dazwischen. Das zweite: Ich definiere, was der wahre Wille und das Interesse des Volkes ist. Also von wegen, die Populisten würden dem Volk hinterher rennen, so ist es doch gar nicht – die definieren den Willen des Volkes.*

— *Diesen Schluss finde ich nicht naheliegend – wenn er sich darauf beruft, ein freier Mensch zu sein, dann meint er sein Auftreten gegenüber den Institutionen und sagt: da brauche ich keine Angst haben, weil bei dieser Kritik weiß ich das italienische Volk hinter mir.*

Es sind nicht zwei Sachen, weil es bei denen doch gerade das Zusammenfallen sein soll: der Wille des Volkes ist nichts anderes als der Herrschaftswille der Populisten. Da fehlt der Zwischenschritt: Vom Standpunkt, Vertreter des Volkes zu sein, kann und darf sich eine populistische Partei in keiner Weise eine Einschränkung oder Selbstrelativierung gefallen lassen. Von diesem Standpunkt aus – man darf nicht tolerant sein, kann nicht andere respektieren, die nicht das Volk vertreten, darf sich nicht selbst relativieren, indem man sich solchen Forderungen beugt – werden die Populisten tatsächlich kritisch, nicht nur gegenüber Stilfragen und der Moral, sondern gegenüber Institutionen in der Demokratie, die sie als unzulässige Beschränkung ihrer Macht und ihrer Freiheit zur Regierung betrachten. Von diesem Standpunkt aus sagt Salvini, dass es auf die Souveränität der Herrschenden ankomme – gegen eine unzulässige Beschränkung durch eine Lügenpresse oder falsche politische Vertretung: „Ich bin frei, ich als Vertreter des Volkes bin nur diesem Rechenschaft schuldig, ich habe keine Angst davor, wenn man das Volk fragt: das steht hinter mir.“ Er besteht auf seiner persönlichen Macht, weil die den Willen des Volkes ausdrücke. Deswegen hat er als Politiker zu Recht seine Macht geltend zu machen gegen jeglichen Widerstand.

Und diese Sicherheit hat der Populist selbst dann, wenn er eine Wahlniederlage erlebt oder wenn die Demo nicht so groß war wie Trump es gerne anlässlich seiner Amtseinführung gehabt hätte, dann wird sich eben in die Populistentasche gelogen und behauptet, die Demo sei „great“ gewesen.

Teil 2 vom 17.2.2020

An den Populisten fällt zunächst auf, dass sie sich in der Art und Weise ihres Auftretens von den sogenannten etablierten Parteien unterscheiden wollen und eine andere Moral in

der Politik fordern und pflegen. Ihre Kritik geht jedoch nicht in diesen Stil- und Moralfragen auf. Von ihrem Standpunkt aus, dass *sie* diejenigen sind, die den Willen des Volkes verkörpern, werden sie spätestens da, wo sie an der Macht sind, kritisch gegenüber den Institutionen des demokratischen Rechtsstaates wie der öffentlichen Presse und des Justizwesens.

III. Eine Zuspitzung der traditionellen Unzufriedenheit demokratisch gewählter Machthaber mit den Vorschriften des Rechtsstaates

— *Wie man an dem Fall Thüringen sehen kann, wissen die Populisten durchaus eine Wahl als ein demokratisches Mittel der Ermächtigung einer Herrschaftsfigur zu schätzen. Die AfD beteiligt sich an dem demokratischen Wahlverfahren, um den linken Bewerber auszugrenzen und den Mann ihrer Wahl zur Herrschaft zu ermächtigen.*

Im Artikel steht aber schon auch, wie die Populisten „Wahl“ verstehen. Wichtig ist ihnen, dass *sie* vom Volk gewählt wurden. Für sie wird mit der Wahl ihre Einheit mit dem Volk realisiert, die bereits vor der Wahl feststand. Sie begreifen das weniger als Ermächtigung von sich denn als Ermächtigung des Volkes: Endlich ist der Volkswille an der Macht. Und das hat dann auch Konsequenzen.

— *Was bedeutet die Trennung: Sie begreifen die Wahl „weniger als Ermächtigung von sich als des Volkes“? Die Art und Weise, wie das Volk sie ermächtigt, gehört doch zusammen damit, dass sie die Stimme des Volkes repräsentieren und dann die unbedingte Gefolgschaft des Volkes selbstverständlich ist.*

Es kommt den Populisten bei der Wahl auf ihre Ermächtigung an. Wenn die ‚Altparteien‘ über die Wahl an die Macht gekommen sind, besteht ein prinzipieller Vorbehalt: Dass dann der Wille des Volkes nicht zum Zuge gekommen ist. Wenn sie hingegen die Wahl gewonnen haben, sind sie nicht nur an die Macht gekommen, sondern dann ist das, was sich gehört, ins Recht gesetzt worden. Sie als Vertreter des Volkes sind die Realisierung des Willens des Volkes, bestimmen ab sofort die Staatsgeschäfte und sind dazu vom Volk auch ermächtigt.

— *Dem vorausgesetzt ist die Vorstellung von der Identität von ihnen selbst mit dem Volk bereits vor der Wahl und mit ihrer Wahl als Führung ist das Volk an der Macht.*

Die Ermächtigung der Populisten als Führung des Volkes durch das Volk realisiert ihre Einheit mit dem Volk. Daran gemessen ist das Erlangen der Macht durch andere Parteien eben genau das Falsche. Da gibt es keine Akzeptanz. Ihr grundsätzlicher Standpunkt zur demokratischen Wahl ist, wenn *sie* gewählt werden, dann bricht sich „Volkes Stimme“ Bahn. Alles andere dagegen ist ein Anschlag auf den Volkswillen: Da wird das Volk nicht respektiert.

— *Die Unterscheidung, dass Demokraten das Ergebnis der Wahl respektieren, einfach weil es zustande gekommen ist, Populisten dagegen nicht, stimmt so nicht. Im Fall Thüringen ist davon nichts zu sehen.*

Auch die ‚Altparteien‘ halten sich alle für die „Richtigen“ und mögen es nicht, wenn sie nicht dran kommen. Aber den Vorbehalt, mit ihrer Nichtwahl sei eigentlich des „Volkes Willen“ mit Füßen getreten worden, gibt es so nicht. Die Eifersüchteleien dieser bürgerlichen Parteien unterscheiden sich schon von dem unversöhnlichen Kampfprogramm der AfD, die von sich programmatisch behauptet, es gäbe nur einen Weg, des „Volkes Wille“ zur Geltung zu bringen, nämlich *sie* zu wählen. Auch wenn die Wahl durchgeführt und das Ergebnis anerkannt wird, bleibt der Vorbehalt der Populisten bestehen, dass damit die Falschen an die Macht gekommen sind, was nur dadurch geschehen sein kann, dass irgendetwas schief gelaufen, etwas manipuliert worden ist.

Sind Populisten als die Verkörperung des Willens des Volkes an die Macht gekommen, haben sie gar nicht mehr die anderen Parteien als ihre Konkurrenten im Visier, sondern kommen auf die Verfahrensweisen und das Prozedere des demokratischen Rechtsstaates, der ihre Ermächtigung, ihre Freisetzung zur Ausübung der Macht in unzulässiger Weise beeinträchtigt.

— *Die Verfahren des Rechtsstaates stehen in einem Widerspruch zur Ermächtigung, den nicht erst die Populisten entdeckt haben, sondern an dem sich auch die Demokraten reiben: Dass einerseits durch die Wahl die gewählte Person zur Ausübung der Macht ermächtigt wird und sich die andererseits bei der Ausübung an den Regeln des Rechtsstaates halten muss.*

Dieser Widerspruch existiert im demokratischen Rechtsstaat unabhängig von der Stellung der Populisten dazu. Das ist das, worauf sich die Populisten mit ihrer negativen Sicht beziehen, worin sie eine Einschränkung ihrer Macht sehen.

— *In den Ausführungen auf S. 9 Abs.3 sind Formulierungen enthalten, die eine seltsame Mischung von Ironie und Kennzeichnung der Sache beinhalten. Da heißt es, dass sich der demokratische Rechtsstaat als Herrschaft des Volkes feiert. „Die findet bekanntlich ihren Dreh-, Angel- und Höhepunkt in der freien Wahl; in der begehrt der wahre Souverän, das stets im Mittelpunkt stehende Volk, den denkbar größten Akt der Selbstbestimmung, indem er sich sein Herrschaftspersonal aussucht.“ Nimmt der Artikel das ernst oder steckt da ein Moment von Ironie drin? Dass das Volk der wahre Souverän ist, das Volk stets im Mittelpunkt steht und die Wahl der denkbar größte Akt der Selbstbestimmung ist, ist doch ernst zu nehmen. Einen größeren Akt der Selbstbestimmung als den, sein Herrschaftspersonal selbst zu bestimmen, ist für das Volk nicht vorgesehen. Eine ironische Pointierung wäre da unangebracht.*

Das ist keine Ironie, sondern damit wird angegeben, wie das Volk der wahre Souverän ist. Das Volk entscheidet in Form seiner Wahlbeteiligung darüber, wer demnächst die Macht ausübt. Die benutzte Bezeichnung des Volkes als wahren Souverän meint nicht, dass das Volk herrscht. Aber es ist der Souverän nach der Seite hin, dass es von seiner Wahlentscheidung abhängt, welche Figuren, welche Partei an die Macht kommt. Das Volk ist schon diese Abstraktion, die der Souverän ist. Was kann denn das Volk als Wille äußern?

— *Ihm wird in seiner Gesamtheit als Volk ein Weg zur Verfügung gestellt, die Herrschaftsfigur zu wählen.*

Und dann wird ihm bescheinigt: Indem du die Leute gewählt hast, die dich jetzt regieren, ist genau dein Wille verwirklicht! Das Volk in dieser Abstraktion als die Masse, die eine Einheit bildet, weil der gleichen Staatsgewalt unterworfen, ist zu dem größten Akt der Selbstbestimmung fähig, zu der ein Volk fähig ist. Es sucht sich nämlich selbst sein Herrschaftspersonal aus. Mehr an Selbstbestimmung ist in einer Demokratie nicht vorgesehen. Das „Selbst“ in Selbstbestimmung besteht genau darin, eine über sich etablierte Gewalt frei zu setzen. Die Opposition zu „selbstbestimmt“ ist die Gewaltherrschaft. Die Herrschaft, die durch das Volk gekürt ist, repräsentiert jetzt den Willen des Volkes. So besteht in der Demokratie - und nicht nur im politologischen Selbstverständnis - der Unterschied zur Gewaltherrschaft.

Der gesamte Wahlkampf dreht sich darum, das Wahlvolk dazu zu bewegen, dass es sich für bestimmte Figuren entscheidet. Für die zur Wahl stehenden Figuren ist es entscheidend, ob sich das Wahlvolk für sie oder für andere entscheidet. Es findet eine Ermächtigung statt, nicht in dem Sinne, dass die Herrschaft überhaupt zur Debatte stünde, sondern es findet eine Ermächtigung von bestimmten Personen statt. Wenn die es in der Wahl nicht schaffen, genügend Stimmen auf sich zu vereinigen, dann kommen sie nicht an die Macht. Das ist die Leistung des wahren Souveräns: Von seiner Wahlentscheidung hängt ab, wer das Herrschaftspersonal stellt.

*

— Warum braucht es das Adjektiv „wahre“ vor dem Souverän, ebenso wie der „großartige“ Gang zur Wahlkabine? Diese Adjektive bringen die Frage auf, ob darin ein Zynismus steckt.

— Die Formulierung: „Der großartige Gang in die Wahlkabine ...“ verweist auf den Widerspruch, eine Führungsperson als Akt der Selbstbestimmung des Volkes über sich zu stellen, die dann – nur ihrem Gewissen verpflichtet – frei entscheiden kann.

Diesen Akt feiert der demokratische Rechtsstaat als „Herrschaft des Volkes“. Die dabei verwendeten Adjektive sind keine Relativierung der Sache. Dieser Zynismus der Demokratie wird mit dem Begriff „Widerspruch“ nicht richtig gefasst. Die Demokratie ist eine Form der Herrschaftsausübung, die sich tatsächlich in gewisser Weise vom Volk abhängig macht, indem sie dem Volk in der Wahl eine tragende Rolle zuschreibt. Im Folgenden wird ausgeführt, worin diese tragende Rolle besteht, von der sich die Herrschaft abhängig macht und auf die sie Wert legt, nämlich in der Auswahl des Herrschaftspersonals. Demokratische Politiker wollen vom Volk gewählt werden und feiern ihre Ermächtigung als Herrschaft des Volkes. Die Berufung auf das Volk ist kein exklusives Merkmal der Populisten.

— Aus dem Wahlakt selbst kann man auf die Bestimmung des Volkes schließen: Weil es in der Wahl diejenigen ermächtigt, von denen es dann beherrscht wird, ist das Volk der Souverän der Ermächtigung.

— Warum braucht es dazu noch das Adjektiv „großartig“?

Wahlen werden als das Herzstück der Demokratie bezeichnet. Die Wahl zeichnet die Demokratie als System der Freiheit aus und grenzt die Volksherrschaft von einer so genannten *Gewaltherrschaft* ab. Im Wahlakt entscheidet sich, wer zu Recht im Namen des Volkes sprechen darf. Worin besteht nun dieser großartige Wahlakt und was leistet er? Auf der einen Seite stehen die Ermächtiger, die sich das Personal aussuchen, das anschließend über sie bestimmt. Für die andere Seite, für die Ermächtigten hat der Wahlakt tatsächlich eine großartige Bedeutung, sie kommen durch dieses Verfahren an die Macht.

— Die freie Wahl wird als „größtmögliches Geschenk“ an die Völker der Welt betrachtet, weil das Volk als Souverän in Szene gesetzt wird.

— „In der Ermächtigung einer herrschenden Person lernt das demokratische Volk die Geltung seiner Stimme kennen“ (S.20) Das Volk bemerkt also an der Machtfülle und den Herrschaftsakten der gewählten Person, dass seine Stimme bei der Ermächtigung Gewicht hat, das Volk an der Macht ist.

— Demokraten danken ihren Wählern für die Ermächtigung und erklären sich dann auch für die Volksteile zuständig, von denen sie nicht gewählt wurden. Populisten setzen ihre Ermächtigung mit der Herrschaft des gesamten Volkes gleich, egal mit wie viel Prozent der Stimmen sie gewählt wurden.

*

— Im Text geht es mit dem demokratischen Rechtsstaat weiter (S. 9): Das Ergebnis der Wahl ist die Ermächtigung einer Person, deren Macht über die Art ihres Zustandekommens freigesetzt ist. Der Machthaber ist nur seinem Gewissen verpflichtet. Gleichzeitig wird er mit Grenzen konfrontiert, die eine unpersönliche Herrschaft garantieren: Es gibt eine bei der Machtausübung störende Opposition, die Exekutive wird von der Judikative überprüft, ob sie gesetzmäßig und verfassungskonform regiert. Die freie Presse beurteilt im Namen des Volkes die Regierungsarbeit nach ihren Maßstäben und die Gewählten müssen sich in regelmäßigen Abständen erneut zur Wahl stellen.

— Für diese Beschränkungen feiert sich die moderne Volksherrschaft und sieht im Begriff demokratischer Rechtsstaat keinen Widerspruch, sondern vielmehr einen Pleonas-

mus.

— Die Behinderung durch rechtliche Vorschriften ist auch den Demokraten lästig, weshalb sie die Regeln durchaus großzügiger auszulegen geneigt sind, als es rechtmäßig vorgesehen ist. Deshalb gehören Untersuchungsausschüsse und andere Kontroll- und Sanktionsmechanismen zum demokratischen Machtapparat.

— Das Prozedere der geteilten Macht ist das Mittel, die Verfügungsfreiheit der Regierenden über die Gesellschaft zu sichern. Dadurch ist diese Art von Herrschaft nicht einfach faktische, sondern legitime Macht. Sie verlangt nicht einfach Unterwerfung, sondern verdient Anerkennung. Die Leistung der „rechtsstaatlichen Umständlichkeiten“ ist die Sicherung der Freiheit der Gewählten beim Regieren. Die Relativierung der freien Machtausübung durch die Herrschaft des Rechts wird zum Instrument der Herrschaft: Der frei gewählte Politiker hat, sofern er rechtsstaatlich regiert, das Recht auf der Seite seiner Gewalt.

— „Der Rechtsstaat institutionalisiert die Ermächtigung des Herrschaftspersonals einschließlich der Anerkennungswürdigkeit von allem, was es beschließt und für sein Volk verbindlich macht.“ (S. 10) Soll das heißen, dass über das Verfahren, das die Übereinstimmung der Machtausübung mit dem Recht sicherstellt, die Anerkennungswürdigkeit der Macht institutionalisiert ist? Wieso ist dies ein Mittel zur Sicherung der Freiheit der Regierung? Es leuchtet ein, dass es ein Mittel zur Sicherung des Staatszweckes ist, aber der Freiheit?

Die Freiheit wird näher bestimmt, nämlich als Freiheit zur herrschaftlichen Verfügung über die Gesellschaft. Es macht einen Unterschied, ob die Regierung anerkanntermaßen oder als Polizeistaat über die Gesellschaft herrscht.

— Wenn eine Regierung einen Gesetzesentwurf einbringt, das Parlament über diesen beraten und abstimmen lässt, dann ist der Entwurf nicht mehr nur der Wille der Regierung, sondern er hat das allgemeine Placet, es wurde von allen Volksvertretern begutachtet und beurteilt. Für Gegner des Entwurfs gibt es Einspruchsmöglichkeiten, Normenkontrollklagen etc. Insofern ist die Macht der Regierung ein Stück weit eingeschränkt und das Gesetz wird durch das Verfahren, wie es zustande kommt, abgesichert. Es gilt dann nicht nur, weil die Regierung es so will, sondern weil es allgemein als gültig anerkannt ist.

Anerkennungswürdigkeit bedeutet mehr als die Einhaltung des Rechts im formellen Sinn. Das parlamentarische Verfahren zeigt, dass das Gesetz mit allen, die mächtig sind und mit allen, die Interessen haben, abgewogen und abgeglichen worden ist, dass es also nicht einfach den Willen und das Interesse der jeweiligen Regierungsmannschaft abbildet, sondern allgemein akzeptiert ist. Dadurch erhält der politische Beschluss seine Legitimität und die so legitimierte Herrschaft die Freiheit, die Politik zu bestimmen.

— Der durch die Ermächtigung freie Machthaber ist konfrontiert mit verschiedenen Instanzen, die sich alle aufs Volk berufen (Opposition, Judikative, Presse) und in denen er seine Freiheit des Regierens durchsetzen muss.

Der Wille des Volks ist nicht gleichbedeutend mit den Interessen der Leute. Die Machtausübung ist der Volkswille, wenn das Gesetz in einem parlamentarischen Verfahren zustande kommt. In dem Satz „Womit gewählte Machthaber da konfrontiert werden, sind keineswegs bloß Grenzen und Relativierungen ihrer Machtfreiheit, vielmehr Elemente genau des Verfahrens, durch das ihr Wille in formvollendete Herrschaftsakte gegossen wird ...“ (S. 10) ist ausgeführt, was mit der „Freiheit der Regierenden“ gemeint ist. Die Einhaltung parlamentarischer Verfahrensweisen bewirkt die Anerkennungswürdigkeit der Herrschaftsakte; die Anwendung der Verfahren des demokratischen Rechtsstaats bedeutet, dass es keinerlei Einwände gegen die Beschlüsse mehr geben kann. So wird der Wille, der sich des Amtes bedient, auch der verbindliche Wille für jede Entscheidung, die mit dem Amt gefällt wird.

— *Im Text steht, dass das rechtsstaatliche Verfahren ein Mittel zur Sicherung der Freiheit ist. Die Freiheit der Machtausübung, die unbedingte Gültigkeit des herrschaftlichen Willens ist das Ergebnis der Wahlen und wird durch den Rechtsstaat abgesichert.*

Ihre Anerkennungswürdigkeit sichert der Regierung die Freiheit, über die Gesellschaft zu verfügen. Dadurch ist die Gesellschaft *praktisch* unter den Herrschaftswillen subsumiert. Nochmal zur Klärung der Begriffe persönliche/unpersönliche Herrschaft und zu deren Zusammenhang: Im Wahlakt werden *Personen ermächtigt*. In ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit liegt es, die Geschicke der Nation in nächster Zukunft zu bestimmen. Dafür stellen sich Politiker zur Wahl. Die Ermächtigung einer Person darf in der Demokratie nicht dazu führen, dass die Macht im Sinne persönlicher Nutzenkalkulationen oder partikulärer Interessen ausgeübt wird. Der Zweck ist die Staatsraison, d.h. die Herrschaft muss die Konkurrenzgesellschaft voranbringen. Demokratische Politiker werden auf rechtsstaatliches Regieren verpflichtet und damit auf den Zweck, die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft voranzubringen. Um dies sicherzustellen, gibt es die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates. Der gewählte Politiker ist ein demokratischer Amtsinhaber mit bestimmten Kompetenzen, der seine Entscheidungen in Form von Gesetzen durchsetzen muss. Kontrolliert wird er dabei von der Opposition, der Judikative und der Presse. Das ist der Inhalt von *unpersönlicher Herrschaft*. Die Begrenzung der Machtvollkommenheit der Amtsinhaber heißt aber nicht, dass damit die Herrschaft begrenzt ist. Ganz im Gegenteil: so wird demokratische Herrschaft freigesetzt und die Freiheit der Regierenden gesichert. Indem sie sich an die vorgegebenen Prozeduren halten, verleihen sie ihren Entscheidungen nicht nur Rechtsgültigkeit, sie haben dadurch vielmehr Anspruch auf absolute Gültigkeit und Anerkennung.

— *In Abweichung zum Text wird hier mit der Staatsraison, dem Zweck, die kapitalistische Gesellschaft voranzubringen argumentiert. Im Text wird das Procedere, die Art und Weise des Regierens thematisiert.*

Damit sollte erklärt werden, dass persönliche Herrschaft nicht ausgeübt wird, um eigenützige Interessen der Regierenden durchzusetzen, sondern um den Staatszweck zu realisieren. Dafür müssen alle Momente des unpersönlichen Regierens Beachtung finden. Wenn das erfolgt ist, dann gilt der Wille des Amtsinhabers absolut. Das ist die Leistung des Verfahrens.

— *Im Artikel geht es mit den Populisten weiter. Die wollen diese Leistung des rechtsstaatlichen Procedere in Anspruch nehmen. Allerdings ohne das Verfahren, durch das die Leistung zustande kommt und das sie als eine einzige Beschränkung ihrer Macht betrachten. Deshalb wird hier nochmals betont, dass die Umständlichkeiten im Verfahren mitnichten eine Beschränkung der Macht sind, sondern die Freiheit sichern, über die Gesellschaft zu herrschen.*

Es ist eine Beschränkung des Willens der Politiker, aber keine Beschränkung der Herrschaft. Es ist eine Art der Herrschaftsausübung, auf die die Demokratie stolz verweist, weil sie so effektiv und stabil ist.

— *Die Freisetzung der Gewählten beruht auf dem Rechtsstaat. Das Recht verleiht dem Amtsträger seine Macht. Dies verweist darauf, dass es bei dem Gegensatz, der zunächst zwischen Demokratie und Rechtsstaat aufgemacht worden ist, nicht bleiben kann. Es handelt sich vielmehr um ein Verhältnis zwischen beiden: die Trennung der Macht dient der Sicherung der Macht.*

— *Man kann nicht leugnen, dass die Herrschaftsakte derer, die ermächtigt sind, durch die Verfahren gesichert werden. Die sollen sicherstellen, dass nicht die pure Willkür des Ermächtigten herrscht, nehmen aber von der Ermächtigung nichts weg – sie sind die Absicherung der Freiheit der Ermächtigten. Das ist die Form, in der Herrschaft stattzufinden hat, und es ist selber ein hoheitlicher Akt der Herrschaft, dass sie sich darauf festlegt.*

— Die Gewählten können den Gehorsam nicht nur verlangen, sondern sie verdienen ihn auch und das ‚Verdienen‘ ist die Leistung dieses Verfahrens. Wenn der Wille der Herrschaft durch all diese Verfahren gegangen ist, ist er auch unbedingt gültig.

Dass das Volk das Procedere, durch das die Macht zustande gekommen ist, auch billigen muss, weil es ordnungsgemäß zustande gekommen ist, wird mit deinem ‚unbedingt gültig‘ allerdings erschlagen. Zum Vorherigen: Der Witz ist gerade nicht, dass man das nimmt als: Das suchen sich die Politiker selber aus, darauf verpflichten sie sich und dann stehen sie gut da. Hier ist es gerade als der Widerspruch für die Figuren formuliert, die an die Macht wollen: Dass es für sie die Vorschrift bedeutet, dass sie sich an den in diesem Amt vorgesehenen Kompetenzen und Aufgaben orientieren müssen und das leisten.

*

— Die Populisten entdecken in den Institutionen des Rechtsstaates ein Ärgernis, was nicht heißt, dass sie ihn abschaffen wollen. Sie sehen ja auch, dass er Mittel für ihre Ermächtigung ist. Aber sie stellen fest, dass die Politiker eine Beschränkung erfahren durch die Judikative oder die Presse, wo diese doch ausführende Organe ihrer Macht sein sollen. Trump z.B. will mit dem Vorwurf „Lügenpresse“ die Presse nicht abschaffen, sondern für sich instrumentalisieren.

Betonen muss man das ‚für sich‘, denn es wurde ja vorher ausgeführt, dass die Institutionen Instrumente der Freiheit des Regierens sind. Und zwar gerade, indem sie die Politiker auf die Einhaltung bestimmter Verfahrensweisen verpflichten. Und dieses ‚indem‘ streichen die Populisten durch.

— Auf diese Leistung, dass die Freiheit gesichert wird, sind sie scharf. Das hätten sie aber gern getrennt von dem lästigen Verfahren, von dem vorher schon gesagt worden ist, dass es zu dieser Freiheit führt.

Und das heißt, dass sie das Verfahren nicht abschaffen, sondern für sich funktional machen wollen: Die Presse soll gefälligst Propaganda für sie machen, statt sie zu kritisieren. Sie sind also „gegen die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der geteilten Gewalten“ (S.10).

— Ist es falsch, wenn dazu gesagt wird, es handle sich dabei um eine ‚Aushöhlung der demokratischen Institutionen‘?

Bei ‚Aushöhlung‘ ist in der Regel mitgedacht, dass die den guten Sinn der Institutionen zunichtemacht. Insofern ist davon auszugehen, dass jemand, der über ‚Aushöhlung‘ redet, sich keine Rechenschaft darüber ablegt, was der Sinn dieser Institutionen ist. So jemand sieht auch nicht das Positive dessen, was der Populist macht, dass er gar nichts abschafft, sondern die Institutionen eben *in seinem Sinne einrichtet*, nämlich so, dass sie unmittelbar als Instrumente seiner Herrschaft fungieren. Und Trump z. B. geht mit der Öffentlichkeit so um, dass er zum einen seine Statements twittert und zum anderen nur ausgewählten Figuren Rederecht in einer Pressekonferenz einräumt.

— Im Text wird unterschieden: Scharf sind die Populisten auf die Funktion und sie ‚verstoßen‘ gegen die Funktionsweise. Also scharf sind sie auf die Leistung bei der Gewaltenteilung, dass es eine extra Gewalt gibt, die die Notwendigkeit der politischen Maßnahmen eigenständig betont. Aber dass z.B. jeder Pressefritze eigenständig und unabhängig seine Meinungsbildung betreibt und dann zu einer kritischen Meinung kommt – diese zur Funktionsweise der rechtsstaatlichen Demokratie gehörende Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, finden die Populisten hinderlich und schaffen sie ab.

Die Leistung, so wie sie bei den Institutionen bestimmt worden ist – die Anerkennungswürdigkeit des herrschaftlich Verfügten soll gesichert werden – wollen die Populisten auch. Sie wollen, dass der Richter ins Recht setzt, was sie als politischen Willen verfolgen und dass die Presse lauter Argumente, warum das anerkennungswürdig ist, in ihre Zeitungen schreibt.

Zur behaupteten ‚Aushöhlung der Demokratie‘ durch die Populisten ist noch anzumerken: Wenn man über die Stellung der Populisten zur Demokratie und ihren Verfahrensweisen redet, ist das erste Resultat ein negatives Urteil über die demokratischen Verfahrensweisen. Das zweite Resultat ist, dass Populisten die Demokratie nicht abschaffen, aber sich – ausgehend vom Standpunkt: Die Macht in diesem Land ist nicht intakt, muss es aber sein – die demokratischen Institutionen zum Instrument ihrer Herrschaft machen wollen. Etwas anderes ist dieser Vorwurf, der aber *kein* Urteil ist, sondern eine parteiliche Stellungnahme aus der bürgerlichen Öffentlichkeit zu den Populisten, die denen immer vorwirft, sie seien Feinde der Demokratie, und die deswegen das, was die so treiben, als „Aushöhlung der Demokratie“ bezeichnet. Das beruft sich immer darauf, dass diese an sich eine feine Sache ist, weswegen die Art und Weise, wie sich die Populisten der demokratischen Institutionen bedienen, demokratiefeindlich sei und diese deshalb keine Wahlstimme und keinen Respekt verdienen. Diese beiden Urteile sollte man aber nicht zusammenwerfen, also die parteilichen Vorwürfe an die Populisten von Seiten der bürgerlichen Öffentlichkeit nehmen als Erklärung dessen, was Populisten treiben.

— *Bei einer Diskussion zu diesem Thema gab es den Einwand, das ginge nicht: auf der Leistung zu bestehen, wenn man die Funktionsweise nicht bestehen lässt. Nur ein unabhängiges Gericht, ein unabhängiges Recht wäre dazu in der Lage, der Herrschaft diesen Dienst zu tun, dass sie eine anerkennenswürdige ist. Diese Leistung würde nur erbracht, wenn die Funktionsweise so ist, wie die Demokratie sie eingerichtet hat. Wo liegt der Fehler?*

— *Der Einwand heißt: Gelingende Herrschaftsausübung geht eigentlich nur auf die ‚klassische‘ demokratische Tour. Der Fehler ist, sich Demokratie als fertig eingerichtetes Modell vorzustellen, das nur unter bestimmten Bedingungen funktioniert.*

Der Hammer an der Demokratie ist, dass sie den Leuten den Anspruch aufmacht, erstens, sie sollen ihr Herrschaftspersonal wählen und zweitens, wenn nach den demokratischen Verfahrensweisen gehandelt wird, sollen sie der Herrschaft nicht nur gehorchen, sondern das als legitime Herrschaft auch anerkennen. Damit wird den Leuten hierzulande einiges zugemutet und es ist schwer kritikabel, dass sie sich das gefallen lassen. Damit ist nicht gesagt: So funktioniert es und nur so kann es gehen, und wenn die Populisten auf die Idee kommen, sich anders zu legitimieren, könne das nicht funktionieren. Wenn man den Standpunkt der Populisten teilt, dann findet man deren Vorgehen legitim. Es ist immer die Leistung der Leute, sich diesem Anspruch anzubequemen.

IV. Die radikale Inanspruchnahme des Volkes als Dienst an seiner Identität – oder: Warum ‚Rechtspopulismus‘ ein Pleonasmus ist

Hier ist zusammenfassend vom Absolutismus der ermächtigten Populisten die Rede. Die stellen sich auf den Standpunkt, durch die Wahl sind sie ermächtigt und von diesem Standpunkt aus gehen sie gegen alle Beschränkungen oder Einschränkungen vor, die den Willen des Volkes, den sie repräsentieren, infrage stellen. Daher haben sie dann auch, wenn sie an die Macht gekommen sind, ein anderes Verhältnis zum Volk als die sogenannten etablierten Demokraten. Punkt 1 kennzeichnet die Stellung der etablierten Demokraten zum Volk, wie die ideologisch so etwas wie nationale Identität fassen, in Punkt 2 geht es um die Populisten.

Im Vorspann ist nochmal darauf verwiesen, was das Volk sachlich ist. Es ist das gleiche Volk, auf das sich Demokraten und Populisten beziehen: die normale bürgerliche Konkurrenzgesellschaft mit ihren verschiedensten Gegensätzen. Die Populisten basteln sich also nicht erst ein anderes Volk.

— *Beide Varianten wollen dieses Volk für die Belange der Herrschaft in Anspruch neh-*

men und tun es verschieden.

Die erste Auskunft lautet, dass in Bezug auf diesen kunterbunten Haufen die üblichen Regierenden ihrem Volk entgegentreten in der Art und Weise, dass sie alle gleichermaßen als freie Person anerkannt werden. Jeder hat gleiche Rechte unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, auch was die politische Auffassung oder das religiöse Bekenntnis betrifft. Aus all dem kann niemand ein Privileg oder besondere Vorrechte ableiten, genauso wenig wie jemand deswegen eine Diskriminierung verdient.

Diese Gleichberechtigung betrifft eben nicht nur Fragen wie Herkunft, Geschlecht oder Weltanschauung, sondern, dass auch jeder gleichermaßen mit seinen sehr unterschiedlichen ökonomischen Mitteln anerkannt ist, was für die große Mehrheit der Bevölkerung heißt, dass sie sich nützlich machen muss für die, die über den Reichtum in privater Form verfügen. Das ist die Leistung der Anerkennung von Gleichheit und Freiheit aller Bürger, dass auf diese Weise die Menschheit auf ihr Funktionieren in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft verpflichtet wird. Sie haben den Klassengegensatz als Grundlage der Verfolgung ihrer Interessen zu respektieren. Sie sind als Lohnabhängige angewiesen darauf, dass die Eigentümer der Produktionsmittel sie beschäftigen. Das als ihre Lebensgrundlage anzuerkennen ist die andere Seite davon, dass sie alle freie Personen sind.

— Zugespitzt formuliert wird dieser Klassengegensatz ihre Privatsache: Sie können unzufrieden sein und schimpfen, aber es ist ihr privates Geschäft, das auszuhalten.

So geht auch der Artikel weiter: Dass da Unzufriedenheit nicht ausbleibt, ist klar, aber auch in ihrer Unzufriedenheit sind sie anerkannt. Diese Anerkennung der Unzufriedenheit hat eine umfangreiche Praxis, wird betätigt und gepflegt. Dafür gibt es zunächst die Öffentlichkeit, die ständig irgendwelche Gründe für Unzufriedenheit oder für Skandale aufdeckt, die diese Unzufriedenheit dauernd ins Recht setzt. Die andere Abteilung sind Interessenverbände und bezogen auf den demokratischen Laden vor allem wieder die Oppositions-Parteien, die sich dieser Unzufriedenheit beständig annehmen. Das Entscheidende ist, wie das passiert: Alle Unzufriedenheit muss dabei landen, dass man es ungeheuer einleuchtend findet, dass jeder Unzufriedenheit ein Problem zugrunde liegt, um das sich Politiker kümmern müssen. Dass aus jeder Unzufriedenheit nichts anders folgen kann, als dass man sich um eine bessere oder eine andere Regierung bemühen muss.

— Dazu kommt die Einsicht, dass du dich zu deiner eigenen Unzufriedenheit stellst als eine, die bloß deine partikulare ist, und die gleichzeitig die anderen Unzufriedenheiten anerkennen muss als welche, die genauso ein Recht haben.

Die Unzufriedenheit äußert sich so, dass nicht der Bürger was ändert, sondern dass er anders regiert werden will. Der Anlass der Unzufriedenheit wird nicht einfach abgewiesen, sondern relativiert: es muss ihm klar sein, dass er nur eine partikulare Unzufriedenheit vertritt und dass das Allgemeinwohl etwas anderes ist. Es wird nicht gesagt: Das ist bloß dein Interesse, deswegen gilt es nichts. Sondern es wird als dieses partikulare Interesse durchaus anerkannt: Ja, das ist dein Anliegen, gut und schön. Und übrigens, der da drüben hat auch noch ein partikulares Anliegen. Und dann ist es Aufgabe der Politik, das zu tun, was für die Allgemeinheit das Beste ist, und nur unter dieser Bedingung können dann auch die partikularen Interessen zum Zuge kommen. Damit wird in Aussicht gestellt: Wenn die Politik sich um das Allgemeinwohl kümmert, dann ist es die beste Art und Weise, wie jeder mit seinem partikularen Interesse – zwar beschränkt, aber doch – zum Zuge kommt. Es ist keine Zurückweisung eines partikularen Interesses, sondern diesem wird eine Perspektive geboten: Durch seine Unterordnung unter die Notwendigkeiten und Sachzwänge, die die Politik weiß und kennt und richtig handhabt, kommt er dann auch zu dem, was ihm zusteht.

— Und dabei ist immer der allererste Punkt, dass vom Wachstum alles abhängt, dass das Allgemeinwohl darin besteht, das Wachstum zu fördern und dafür zu sorgen, dass es Arbeitsplätze gibt.

Das verweist schon darauf, dass Unterschiedlichen Unterschiedliches abverlangt wird, weil sie für das Wachstum ganz unterschiedlich vorkommen.

— *Es ist noch wichtig, festzuhalten, dass diese Unterordnung, die ja unterschiedliche Konsequenzen hat, weil die Menschen in ihren Gegensätzen sehr unterschiedliche Mittel haben, geleistet wird als ein egalitäres sich Abarbeiten an den anerkannten Interessen. Dass also genau von der Unterschiedlichkeit der Interessen, den Gegensätzen abstrahiert wird. Das ist die Leistung, die die Leute mit ihrem politischen Willen nachvollziehen sollen, dass sie sich wechselseitig aneinander – sie haben ja nur partikulare Interessen – und an den Notwendigkeiten, die der Staat setzt, relativieren.*

Dass sich die partikularen Interessen aneinander relativieren müssen, ist aber nicht die Wahrheit der Sache: Den jeweiligen Interessen wird von der Politik eine Unterordnung unter das sogenannte Allgemeinwohl, unter die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Wachstums verpasst. Vorgetragen wird das von der Politik als eine Notwendigkeit: Sie kann nicht allen einzelnen Interessen gerecht werden. Das ist die ideologische Fassung dazu. Und daher müssen sich die Interessen den Sachzwängen des Wirtschaftens und den Notwendigkeiten der Politik unterordnen. Das heißt demzufolge auch für unterschiedliche Interessen etwas ganz anderes: Die einen bleiben auf der Strecke, die anderen müssen sich einer Politik unterordnen, die die Beförderung ihres eigenen Interesses zum Inhalt hat.

— *Die Einsicht, die da von den partikularen Interessen gefordert ist, sich nur als Partikulares zu sehen, soll nicht einfach nur eine Sache der Einstellung sein. Gerade weil es um den Gegensatz von Interessen geht, ist das Ganze als Zwang zur Unterordnung institutionalisiert.*

Die Institutionalisierung des Zwangs ist allerdings als Institutionalisierung der Betätigung, die man frei ausüben darf, organisiert. Es reicht also nicht zu sagen, da ist der Zwang institutionalisiert. Was da institutionalisiert ist, ist die Art und Weise, wie die notwendig aus den Verhältnissen resultierende Unzufriedenheit ins Recht gesetzt und bearbeitet wird. Die wird nicht einfach abgebügelt. Es gibt lauter Institutionen, in denen darauf eingegangen wird, wo darüber geredet wird, wo Betätigungsfeld für diese Unzufriedenheit geschaffen wird. Nicht nur die Presse ist dafür zuständig, man kann Bürgerinitiativen gründen, Mitglied einer Partei werden, einen Lobbyverein gründen usw. Das alles ist die institutionalisierte Anerkennung der Unzufriedenheit und die Form ihrer Bearbeitung.

Es bringt die Sache also um ihren Witz, wenn man das alles in Zwang auflöst. Es ist schon wichtig, zu sagen, dass das nicht einfach der Einsicht überlassen wird, sondern institutionalisiert ist. Heraus kommt eine Unterordnung. Dies aber gerade durch das egalitäre sich Abarbeiten im Rahmen der vorgegebenen Wege, Möglichkeiten und Beschwerdeinstanzen. Das ist gerade das Gegenstück zu Zwang.

— *Es ist nicht nur so, dass man überall in den verschiedenen Institutionen Beschwerde führen kann. Das gesamte staatliche Programm nimmt alle Unzufriedenheiten auf und gießt sie in ein Gesetz, im Sozialstaat und überall.*

Und auch für die Verfolgung des Interesses, um das es dann geht, gibt es die dafür vorgeschriebenen Wege und Unterstützungen und Ämter.

— *Ein Recht anerkennt ein Interesse, vergleicht es mit einem anderen und entscheidet, ob und wie es zum Zug kommt. Das ist zugleich Anerkennung und Begrenzung. So funktioniert das rechtsstaatliche Organisieren der Einsicht in die Unterordnung des eigenen Interesses. Entscheidend ist die Verwandlung von Interesse in Recht.*

Erstaunlicherweise hat dann so ein Haufen eine nationale Identität. Diese besteht gerade nicht in der Gemeinsamkeit, dass die Leute in der beschriebenen Weise alle gleichermaßen der Herrschaft unterworfen sind als gleiche, freie Bürger, die sich an den Notwendigkeiten des Wirtschaftens und den Anforderungen der Politik abzuarbeiten haben.

Teil 3 vom 2.3.2020

Jour fixe vom 02.03.2020 – Populismus, Fortsetzung Pkt. IV ff (GS 4-19)

Der Populist sieht sich mit seiner Wahl durch das Volk als die Verkörperung des Willens des Volkes. Als dieser ermächtigte Herrscher kann er daher auch souverän seinen Willen durchsetzen. Von diesem Standpunkt aus nimmt er ein anderes Verhältnis zum Volk ein als die sogenannten etablierten Parteien. Die etablierten Parteien anerkennen das Volk als freie und gleiche Bürger, die sich in der Konkurrenzgesellschaft zu bewähren haben. Die daraus notwendig erwachsenden Unzufriedenheiten werden anerkannt und der Unzufriedenheit Wege gewiesen, wie sie sich politisch geltend zu machen haben. Geklärt werden muss noch, wie die etablierten Parteien sich zum Volk hinsichtlich dessen, was „Nationale Identität“ ist, stellen.

— Bei dem Begriff „Nationale Identität“ unterstellt man eine Verbundenheit zwischen Volk und Staat. Diese Überhöhung wird je nach politischem Standpunkt unterschiedlich bebildet oder ausgemalt. Die Demokraten behaupten, dass es gemeinsame Werte wie Freiheit, Toleranz etc. sind, die die Nation einen. Sie bestimmen die Volksidentität als gemeinsame (demokratische) Werte, auf die man als Volk stolz ist. Im Unterschied dazu die Populisten, die sie in vorstaatlichen Identitäten auffinden.

— Die Werte existieren auch bei den Demokraten jenseits der Realität der Konkurrenzgesellschaft. Es werden Dinge hochgehalten, in denen sich das Volk gemeinsam wiederfinden soll und die unumstößliche Größen sind, wie z.B. Heimat, Natur, Geschichte.

Sowohl die Populisten als auch die Demokraten behaupten sie als eine feststehende Identität vor der gemeinsamen staatlichen Unterworfenheit. Die „Nationale Identität“ ist eine Gemeinsamkeit, die allen Mitgliedern des Volkes zukommt. Die soll gerade *nicht* im Bezug der einzelnen Mitglieder des Volkes auf ihre Herrschaft bestehen, sondern jenseits des staatlichen Bezugs feststehen. Der Unterschied zwischen Populisten und Demokraten besteht darin, wie sie diese feststehende vorab gegebene Identität fassen. Da gibt es einen gewissen Liberalismus in der Versinnbildlichung dieser grundsätzlichen Sache, die immer schon und für sich existiert; bei den Demokraten gibt es die durchgesetzte Fassung dieser Identität als einer Gemeinschaft, die den Werten Toleranz, Respekt, Demokratie verpflichtet ist.

— Der Gedanke „Wir sitzen alle im selben Boot.“ und „Wir müssen uns zusammen gegen außen durchsetzen“ ist der grundsätzliche Gedanke von „Nationalismus“. Kommt dieser Nationalismus im Text nicht vor, weil da der Bezug zur Herrschaft bereits existiert, während die „Nationale Identität“ der Herrschaft vorgelagert sein soll?

Erstmal enthält das Bild vom gemeinsamen Boot keine Bestimmung von besonderer Gemeinsamkeit. Wenn man das Bild vom gemeinsamen Boot als nationalistisches Denken identifiziert, ist unterstellt, dass ein nationales Kollektiv (lauter Deutsche und nicht die Internationale der Arbeiter z.B.) im Boot sitzt. Dass diese als ein nationales Kollektiv existieren, das ergibt sich nicht aus dem, dass „alle in einem Boot“ sitzen, sondern aus dem Gedanken, dass sie ein Wesen haben, das sie eint. Dass sie ein gemeinschaftliches Wesen sind, so eine Identität muss man erst mal haben, bevor

man sagen kann: „Wir sitzen alle in einem Boot – und die anderen sollen gefälligst draußen bleiben“.

— *Das Objektive an diesem Kollektiv ist, dass es die Basis und das Resultat von Herrschaft ist. Dieses besondere Verhältnis zu ihrer jeweiligen Herrschaft soll positiv konnotiert werden. Von daher gibt es dieses Verlangen, sich mittels gemeinsam geteilter Werte oder gemeinsamer Eigenschaften als ein geeintes Volk zu begreifen.*

Dass sie die gemeinsame Unterwerfung unter die Herrschaft objektiv eint, ist der Bezug der Herrschaft auf sie. Völker sind ein Produkt der Herrschaft. Das ist eine mit ihnen veranstaltete Gemeinsamkeit und nichts, was *die Leute* eint.

— *... und weil sie Produkt der Herrschaft ist, legt die Herrschaft auch sehr viel Wert darauf, dass mit so Momenten wie Geschichte und Sprache die Einheit von Unten her gedacht werden kann. Die Gegensätzlichkeiten, die vom Staat eingerichtet sind und die Verpflichtung der Konkurrenzsubjekte auf den Staat werden so behandelt, dass man von Unten und Oben auf gemeinsame Werte Wert legt. Zu der Abstraktion von der Konkurrenzgesellschaft passen dann die Werte: Toleranz, Freiheit und Demokratie.*

— *Noch bevor die Leute sich einen Reim darauf machen, dass sie ein Volk sind, gibt es tatsächlich einen Bezug auf die Herrschaft, der sie zum Volk macht. Sie haben als Konkurrenten einen positiven Bezug auf den Staat. Sie haben ein gemeinsames Interesse daran entwickelt, dass der Staat ihnen ermöglicht, wozu sie gesellschaftlich aufgefordert sind, woran sie interessiert sind, nämlich Geld zu verdienen. Das ist der positive Bezug vom Volk auf den Staat, noch bevor man auf die Wertegemeinschaft kommt.*

— *Es gibt diesen gemeinsamen positiven Bezug auf den Staat als denjenigen, der das Reglement für die Konkurrenzverhältnisse schafft. Aber das ist ein gemeinschaftlicher positiver Bezug auf den Staat und nicht aufeinander.*

Der positive Bezug der Leute auf den Staat besteht darin, dass sie sich in der Konkurrenz bewähren müssen und darauf setzen, dass der Staat ihnen die Bedingungen ihres Erfolgs verschafft, das ist das Verhältnis zwischen Konkurrenzsubjekt und Staat. Die so dem Staat unterworfenen Konkurrenzsubjekte bewähren sich als Volk. Sie sind das Volk ihrer Herrschaft; in ihrer Gemeinsamkeit Material und Basis der Herrschaft zu sein, unter Abstraktion von ihren jeweiligen bestimmten Konkurrenzinteressen. Was hat das mit „Nationaler Identität“ zu tun? Da gilt als erstes der Standpunkt der Herrschaft: Ihr seid ein Volk und dem wird die Herrschaft gerecht. Die Inanspruchnahme des Volkes durch die Herrschaft soll jenseits dieser Inanspruchnahme als Identität des Volkes existieren, worauf sich die Herrschaft positiv bezieht.

— *Die Benutzung des Volkes als Manövriermasse der Herrschaft wird idealisiert mit einer besonderen Gemeinsamkeit, die bebildert wird.*

Bei der Bestimmung ist man weder speziell bei Demokraten noch bei Populisten, sondern das gilt für Herrschaft überhaupt.

— *Diese Sichtweise auf die Konkurrenzgesellschaft als ein Volk mit einer gemeinsamen Geschichte, Kultur etc, wird als eine Sichtweise von Oben an das Volk herangebracht ...*

... und wird von Unten dann auch geteilt. Dass das ein Entsprechungsverhältnis ist, ist ein eklatanter Bedarf der Herrschaft. Mit den Bebilderungen der Zusammengehörigkeit von Oben und Unten soll zum Ausdruck gebracht werden, wie gut die Herrschaft mit ihren Einrichtungen der Zusammengehörigkeit des Volkes dient.

*

Das Stichwort zur *demokratischen* Ausmalung dieser Gemeinschaft ist „Wertegemeinschaft“. Diese Werte sind nicht die Prinzipien der Herrschaft, sondern deren Idealisie-

rung. Mit den Prinzipien der Herrschaft „Gleichheit und Freiheit“ wird der Bürger als gleicher anerkannt und als solcher mit gleichen Rechten und Pflichten vom Staat versehen. Dass der Staat von jedem Bürger verlangt, die Interessen der anderen Konkurrenzsubjekte anzuerkennen, also Toleranz und Respekt im Umgang miteinander walten zu lassen, ist der entsprechende Tugendkatalog, der diese Prinzipien als Werte idealisiert. In diesen Werten steckt beides drin. Sie malen die Volksidentität aus und es wird Bezug genommen auf die gegensätzlichen Interessen der Konkurrenzsubjekte. Die Bürger werden nicht in der harten Form verpflichtet, das gegnerische Interesse anzuerkennen, sondern im gemeinsamen Bezug auf die Moral des Respekts und Toleranz sind diese Gegensätze zu akzeptieren.

— *Die Werte „Toleranz und Respekt“ als die Idealisierung der demokratischen Herrschaftsprinzipien gelten als Werte in der gesamten demokratischen westlichen Welt. Wie wird aus diesen allgemeinen Werten der Demokratie die „nationale“ Identität?*

„Wir sind eine spezifische (deutsche, französische) Gemeinschaft“ ist doch der Ausgangspunkt. Dann geht es darum, wie das ausgemalt wird. Weshalb es einerseits demokratische Völker gibt, die sich alle diesen gemeinsamen Werten verpflichtet sehen und zugleich einen Unterschied zu anderen demokratischen Völkern herausstreichen. Das ist keine Schwierigkeit. Dann sind die Franzosen die Urväter von Freiheit und Gleichheit, und die Deutschen wegen ihrer Geschichte besonders tolerant und respektvoll zu Fremden.

— *Die Idealisierung existiert ja nicht ausschließlich in demokratischen Werten, sondern auch darin, wie sich dieses Volk als Besonderheit in Essgewohnheiten, Geschichte, Sprache u.ä.m. gegen andere auszeichnet. Das sind keine Kriterien, an denen einer entscheidet, ob er dieser oder jenem Staat unterstellt sein will, sondern umgekehrt: Weil er ihm unterstellt ist, kennt er angeblich gute Gründe dafür.*

Der Ausgangspunkt ist die feste Überzeugung: 'Wir sind ein Volk'. Das andere ist die Ausfüllung der nationalen Identität als nationale Wertegemeinschaft. Das macht aber das Gemeinsame dieser Volksmannschaft in Wahrheit nicht aus, dass alle an Toleranz, Respekt und Demokratie als höchste Werte glauben. Aber darin spiegelt sich die Art und Weise, wie sich in der Demokratie auf das Volk bezogen wird, adäquat wieder.

— *Aber fehlt da nicht die Erklärung, warum das Volk sich dies so einleuchten lässt?*

Im Text steht: diese Einsicht wird dem Volk wohlweislich nicht einfach überlassen. Dies hat der Rechtsstaat vielmehr in seiner ganzen Systematik *institutionalisiert*. Und diese Institutionen werden als höhere Werte proklamiert, die die Identität des Volkes ausmachen sollen. So findet die Idealisierung der Herrschaftsprinzipien als Tugendkatalog demokratischer Werte statt.

— *Die Gemeinsamkeit der Leute, wie sie hier ihr Leben organisieren, besteht praktisch darin, dass der Staat alle Leute auf sich als Herrschaft bezieht. Und das wird mit den moralischen Prinzipien in ein Miteinander verwandelt. Dieser Tugendkatalog ist sehr nahe an den tatsächlichen rechtsstaatlichen Prinzipien, wonach die Leute tatsächlich regiert werden.*

Ja und dazu gehört dann auch eine dauerhafte Erziehungsleistung.

Festzuhalten ist, dass, ein Volk zu sein, keine Spinnerei ist. Völker gibt es und sie haben unterschiedliche Identitäten, wie sie sich aufführen und sich in den jeweils staatlich eingerichteten Verhältnissen zurecht finden. Das ist der harte Ausgangspunkt für die Idealisierung dieser Verhältnisse als Wertegemeinschaft.

— *Die ganze Sphäre der Kultur, des Sports usw. beherrscht diese Tour, alles als Verkörperung der Gemeinschaftlichkeit eines besonderen Volkes darzustellen.*

Der Text charakterisiert das als 'Abstraktionsleistung': einerseits wird von dem realen Gemeinwesen – der Konkurrenzgesellschaft mit ihren Gegensätzen –, abstrahiert und

andererseits wird das Ganze in eine fiktive Gemeinschaftlichkeit übersetzt. Dieses Idealbild ist also eine Abstraktion davon, dass sie der Herrschaft unterworfen sind. Die Herrschaft/Unterwerfung kommt als Praxis und Pflege gemeinsamer Werte daher.

— *Es wurde die Existenz verschiedener nationaler Identitäten angesprochen. Aber das: ich bin Deutscher oder Franzose etc. verdankt sich doch immer demselben Prinzip, dem In-eins-setzen des Volkes mit dem Staat. Der Unterschied besteht nur in der unterschiedlichen Bebilderung der Herrschaft.*

Die historisch ausgebildeten Gewohnheiten der Unterwerfung unter eine Herrschaft enthalten gemeinsame, gleichartige Formen. (Beispiele wurden vorher genannt.) Die Leute machen in aller Regel ähnliche Erfahrungen mit ihren jeweiligen staatlichen Gegebenheiten, bilden aber unterschiedliche Gewohnheiten im Umgang mit diesen aus. Insofern es die staatlichen Ordnungsprinzipien sind, die ihre Idealisierung erfahren, ist es auch kein Wunder, dass zwischen demokratisch regierten Staaten wie Frankreich und Deutschland Gemeinsamkeiten in Hinblick auf die Konstruktion der nationalen Identität aufzufinden sind.

— *Es werden doch auch Bilder für nationale Identitäten in Anspruch genommen, die aus Zeiten stammen, bevor es diese Nation überhaupt gab. Man denke z.B. an die Bedeutung der Geschichte. Das sind Ideologien und man kann daher nicht sagen, die Völker hätten von Haus aus gemeinsame Identitäten; die nationalen Besonderheiten wären ihnen angeboren.*

— *Wenn die besondere Einzigartigkeit des deutschen oder französischen Volkes mit geschichtlichen Ereignissen herausgestellt wird, widerspricht das dem Gesagten nicht. Die Völker haben ihre tatsächliche Gemeinsamkeit durch ihr Unterworfensein unter eine Herrschaft und die Besonderheit jedes Volkes wird mit der Geschichte bebildert. Und die Leute leben dann diese „ihre“ Besonderheiten aus.*

Die nationalen Eigenheiten von Völkern sind die kollektiven Weisen der sittlichen Einrichtung mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen. Der materielle Grund dafür liegt in den staatlichen hergestellten Verhältnissen, egal ob es sich um Frankreich Deutschland oder die USA handelt.

*

Wie beziehen sich die Populisten auf die Klassengesellschaft?

— *Im Unterschied zu den Demokraten genießen die Interessen der Leute bei den Populisten keine besondere Wertschätzung. Die partikularen Interessen dürfen/sollen verfolgt und auch für staatliche Belange benutzt werden, aber ihnen wird ihr Stellenwert im Staat zugewiesen. Sie haben sich dem Gemeinwohl unter zu ordnen und dürfen den Staat in der Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht behindern. Jeder an seinem Platz soll dem Allgemeinwohl dienlich sein.*

— *Der Populist sieht die partikularen Interessen radikaler: diese sind der Möglichkeit nach prinzipiell ein Hindernis fürs Allgemeinwohl. Er stellt sie unter Generalverdacht.*

Im Text steht: „... in den gegensätzlichen politischen Forderungen, die (die Bürger) aus ihren partikularen, konkurrierenden Interessen folgen lassen, sieht der Populist regelmäßig die Anmaßung, doch mehr sein zu wollen als ein bloßes Partikularinteresse“ (S. 14). Das ist kein genereller Angriff auf Partikularinteressen überhaupt. Aus diesen Interessen etwas Allgemeines folgen zu lassen, eine Anforderung an die Politik auf Berücksichtigung zu stellen, dagegen opponieren Populisten. Sie sehen darin einen Angriff auf die Einheit von Volk und Staat, die sie verkörpern. So sagen sie an, was der politische Stellenwert eines Interesses in der Gesellschaft ist.

— *Das ist der Unterschied zu den Demokraten: die beziehen sich auf die partikularen Interessen als welche, wofür sie die politisch zuständigen Ansprechpartner sind, die sich um die angemessene Art und Weise ihrer politischen Berücksichtigung kümmern.*

Hier gehört das Stichwort „demokratische Politisierung von Interessen“ hin. Dass aus dem staatlich erzwungenen Zusammenwirken antagonistischer Interessen das nationale Wachstum und damit die Machtmittel des Staates hervorgehen, darin besteht die Gemeinsamkeit zwischen Demokraten und Populisten. Die Differenz beginnt da, wo aus diesen Interessen unterschiedliche politische Forderungen werden. Die Politisierung dieser gegensätzlichen Interessen hin zu konkurrierenden politischen Forderungen und parteipolitischen Programmatiken, das macht die Produktivität der Demokratie aus. Dazu sagt umgekehrt der Populist, dass das nicht sein darf und zwar ganz generell nicht, denn *sie* sind doch die Vertreter des Volkes, das schließt konkurrierende politischen Einwände und Forderungen grundsätzlich aus. Nicht, weil Populisten diese Positionen inhaltlich geprüft hätten, sondern weil das in Widerspruch zu ihnen als der proklamierten Verkörperung der Einheit des Volkes mit seiner Führung steht.

— *Wie verhält es sich dann mit dem populistischen Slogan: Wir machen Ihre Meinung zu Politik (AfD)?*

Diesen Satz muss man so betonen: *Nur wir* machen Ihre Meinung zu Politik. Sie legitimieren ihre politischen Positionen mit dem Willen des Volkes und zwar nicht in Hinblick auf die verschiedenen Interessen im Volk, sondern der Einzelne gilt nur als Mitglied des Volkes.

Man erinnere sich an die Aussagen zur AfD in den voran gegangenen Kapiteln: sie wettern gegen die linksversifftete Gesinnungsdiktatur im Land, z.B. in Gestalt von Pluralismus und Toleranz, die das Volk kaputt macht. Dieser Slogan will sagen: wir sind die einzige Partei, die der Gesinnungsdiktatur der Altparteien etwas entgegen stellen und das versteht jeder als die Aussage: Nur bei uns kommt das gesunde Volksempfinden zur Geltung.

— *Sie wollen sagen: wir machen kein politisches Geschäft und Geschachere mit euren Meinungen, sondern wir sind identisch mit euch als Volk.*

Nach Seiten der Politik hin steckt darin die Härte, dass darauf beharrt wird, dass die Meinung des Volkes nur in Form der gewählten Regierung, die die Politik macht, Geltung hat. Das Volk muss die Richtigen an die Macht bringen und in deren Herrschaft über es kommt das Volk zu Zuge.

— *Im Artikel ist von der 'leeren Identität' zwischen Volk und Staat die Rede. Das wird an diesem Slogan deutlich: Einen anderen Inhalt als den, die Richtigen zu wählen, die dann über einen regieren, hat das Verhältnis nicht. Die Regierenden geben an, was der Volkswille zu sein hat.*

— *Aber die Kritik der Populisten an der demokratischen Politisierung des Volkes meint doch, dass das Aufgreifen von Unzufriedenheiten im Volk, um diese auf Regierungsalternativen zu verpflichten, eine Beeinträchtigung der Freiheit der Politik sei, die sich nicht von Interessen abhängig machen darf. Einzig die Politik hat über politische Notwendigkeiten zu entscheiden. Und wenn die AfD durch Wahlen ermächtigt ist, dann kommt durch ihre absolute politische Entscheidungsfreiheit das Volk zu seinem Recht.*

Der Inhalt des Verhältnisses von Volk und Staat ist die staatliche Souveränität. Warum verlangt diese „leere Identität des Volkes im politischen Willen seiner Führung ... vom Volk die Qualität einer *Kampfgemeinschaft*“ (S. 14)?

— *Der Slogan der AfD „Wir machen aus Ihrer Meinung ein Programm“ unterstellt eine Volksgemeinschaft gegen die etablierten Parteien, die sich am Volk versündigen, weil sie Partikularinteressen berücksichtigen.*

Das enthält das, wogegen sich die Kampfgemeinschaft richtet. Vorher ist zu klären, warum diese Qualität des Volkes notwendigerweise daraus folgt, wie Populisten die Identität des Volkes bestimmen.

— In einem sozialistischen Staat wird mit dem Adjektiv „sozialistisch“ der Zweck benannt, den der Staat mit seinem Volk realisieren will. „Leere Identität“ hat als Bestimmung, das Volk hinter der Führung zu versammeln und für Zwecke zu benutzen, die – von der Herrschaft definiert – als Volkswille gelten.

— Der gemeinsame Zweck ist mit Kampfgemeinschaft angesprochen. Wenn der Inhalt der Identität die Souveränität des Staates sein soll, dann beinhaltet der politische Wille der Untertanen die Durchsetzung der Souveränität der Herrschaft und das ist ein Kampfprogramm nach innen und nach außen.

— Im Text steht, dass die leere Identität ihren Inhalt im politischen Willen der Führung hat; d.h. das Volk steht geeint hinter dem Programm, das die Führung nach innen und außen definiert.

Die Einheit des Volkes ist unterstellt und weil die vom Volk Ermächtigten den Willen des Volkes zur Geltung bringen, muss die Herrschaft souverän, unabhängig, freigesetzt sein, nicht nur gegenüber demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen, sondern auch und gerade gegenüber politischen Gruppierungen und konkurrierenden Forderungen in der Gesellschaft. Sie muss ihre Souveränität, die sie von innen und außen gefährdet sieht, sicherstellen. Gegen wen und gegen was, ist Definitionssache der Herrschaft und der Inhalt, den sie der „leeren“ Identität des Volkes gibt. Für das Einsatzziel, das die Führung im Namen des Volkes festlegt, wird das Volk als Manövriermasse und als Kampfgemeinschaft in die Pflicht genommen.

Der Ausgangspunkt ist die Unzufriedenheit der Populisten mit den bestehenden Verhältnissen. Daraus leiten sie ab, dass sie an die Macht kommen müssen, damit die Herrschaft im Namen des Volkes unangefochten ausgeübt werden kann. Das Volk, das die Herrschaft dazu ermächtigt und freigesetzt hat, fungiert als Manövriermasse und als Kampfgemeinschaft und hat im politischen Willen der Führung seine Identität. Die Populisten bestehen darauf, dass ihre Herrschaft souverän ist. Das Einsatzziel und der Inhalt, wodurch sich die Herrschaft dann beschädigt oder beschränkt sieht, wird von oben definiert und hat eine Stoßrichtung nach innen gegen konkurrierende Parteien und Interessen und nach außen (vgl. V.).

Worin sehen also die Populisten die Identität des Volkes?

— Die Identität beruht nach ihrer Auffassung nicht auf staatlicher Gewalt. Sie denken sich das Volk als Kollektiv, dessen Bestimmung vorstaatlich ist und die Unwidersprechlichkeit einer Naturbestimmung hat, auf einer „volksgemeinschaftlichen DNA“ beruht.

Bei der Besprechung der Demokraten wurde bereits festgehalten, dass die nationale Identität des Volkes nicht als ein Akt staatlicher Gewalt, sondern als eine vorstaatliche Bestimmung gesehen wird. Diesen Gedanken vertreten auch die Populisten. Der Unterschied zwischen Populisten und Demokraten ist damit nicht geklärt. Die Populisten gehen davon aus, dass das Volk von vorneherein als eine gar nicht in Frage stehende oder erst herzustellen Sache, sondern als eine Naturkonstante existiert.

— Für die Populisten ist es das Wichtigste, die Identität des Volkes gegen alle möglichen Gefahren zu schützen und zu bewahren, sie machen es sich zur Aufgabe, alles, was die Identität zerstören könnte, abzuwehren. Sie sehen die Identität des Volkes immer gefährdet und sich als die Verteidiger nach innen und außen, das Volk ist bei ihnen Kampfgemeinschaft und Schutzobjekt.

Dass die Populisten das Volk von der Gesinnungsdiktatur befreien wollen, steht schon im Abschnitt II des Artikels. Die Diskussion dreht sich immer noch um die unterschiedliche Auffassung von Demokraten und Populisten bezüglich der Identität des Volkes. Die Populisten begreifen das Volk als eine Einheit, die allem irgendwie Politischen vorausgeht. Sie lassen „am Volk nur gelten, dass es eben Basis eines souveränen politischen Willens ist ...“ (S. 14). Das Wesen des Kollektivs ist in ihrem Verständnis jedem Inte-

resse, jedem Kalkül, jedem willentlichen Befund, wer oder was man ist, vorgelagert.

Die populistische Herrschaft ist dieser leeren Identität adäquat, nimmt den Willen des Volkes praktisch in Anspruch und verlangt vom Volk die Qualität einer Kampfgemeinschaft. Bei der „Verpflichtung auf diese Qualität bedient sie sich ideologischer Bilder vom Volk als Kollektiv, das für die Dazugehörigen weit mehr als bloße Staatsangehörigkeit bedeutet, vielmehr die Unwidersprechlichkeit einer Naturbestimmung besitzt“ (S.14). Im Artikel steht dazu: „Die öffentlich verkündete liberale Gleichgültigkeit des Staates gegenüber den privaten Sitten, Vorlieben und der Herkunft seiner als Privateigentümer anerkannten Bürger, deren Verpflichtung auf die zumindest praktizierte Anerkennung der Gleichwertigkeit der pluralen Weisen, sich in den Verhältnissen einzurichten und darauf ihren Reim zu machen – das kommt den Populisten wie eine Bestreitung der Einigkeit der Bürger *als Volk* vor“ (S. 15). Darin unterscheiden sie sich. Die Demokraten identifizieren die vopolitische Besonderheit des Volkes mit der Demokratie selbst und den demokratischen Werten, der idealisierten Fassung der Herrschaftsprinzipien als Tugendkatalog. Eine Kampfgemeinschaft hat ihre Identität weit vor solchen Sperenzen und wird durch sie bedroht und in Frage gestellt.

Die Bestimmung des Volkes als etwas Naturmäßiges berechtigt und verpflichtet die Herrschaft, den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen, weil sie dieses nicht zu hinterfragende Kollektiv repräsentiert. Das ist eine absolute Legitimation für die Inanspruchnahme des Volkes für alles, was die Herrschaft von ihm will. Im nächsten Schritt definiert die Herrschaft, wofür das Volk als Kampfgemeinschaft in Anspruch genommen wird. Folgerichtig dienen die Einsatzziele dem Schutz der Volksidentität gegen innere und äußere Feinde. Das ist von vornherein ein polemischer Gedanke gegen alle, die nicht zum Volk gehören.

— *Der Unterschied bezüglich der Identität des Volkes bei den Populisten bzw. Demokraten ist mir noch nicht klar. Die Populisten sehen im Volk eine vor aller Herrschaft existierende Gemeinschaft und sich als Gestalter, als Ausführende des Volkswillens. Als Besonderheit, im Unterschied zu den Demokraten, werden „leere“ Identität, Kampfgemeinschaft und Verteidigung des Volkes genannt. Das ist die Abstraktion von allem, was Herrschaft und Volk tatsächlich „verbindet“, nämlich dass das Volk die Basis der Herrschaft ist. Diese Abstraktionsleistung findet bei Demokraten und Populisten statt und die Idealisierung der Herrschaftsprinzipien ebenfalls. Worin besteht also der Unterschied?*

— *Die Antwort steht auf S.14: „Der Populist besteht auf einer unmittelbaren Identität zwischen Volk und Führung; die hat sich nicht dadurch erst und immer wieder herzustellen, wie das Volk als Quelle und Basis der Macht seiner Herrschaft funktioniert – also nicht erst durch die demokratisch-rechtsstaatliche ‚Politisierung‘ von lauter eigen-nützigen Konkurrenten.“ Bei den Demokraten besteht der Inhalt der Politisierung in einem Wertekanon. Der Populist hält die Politisierung der Privatinteressen für den falschen Weg, der den Zusammenhalt zwischen Volk und Führung stört.*

Die populistische Herrschaft leitet ihren Anspruch auf absolute Souveränität daraus ab, dass sie den Willen des Volkes verkörpert. Die leere Identität besteht in der Souveränität der Herrschaft bei der Definition des politischen Willens, ganz ohne Rückbezug auf oder Vermittlung von partikularen Interessen. Diese Definitionsfreiheit beansprucht der Populist und das Volk ist vorgesehen als die dafür notwendige Manövriermasse. Er sagt nicht, was er vom Volk will, sondern dass er das Volk für die Sicherung seiner souveränen Herrschaft in die Pflicht nimmt. Das Volk ist als Kampfgemeinschaft gefragt, es soll als Basis der Populisten fungieren und als Mittel, Hindernisse beim Regieren aus dem Weg zu räumen. Daraus folgt die Notwendigkeit eines kämpferischen Auftretens. (Da geht was den Bach runter, wenn wir nicht an die Macht kommen und für Ordnung sorgen.) Dieser Standpunkt wird ideologisch bebildert. Das Volk wird als Na-

turkonstante (jenseits aller Interessen) gefasst, als eine Sache, die unhinterfragbar, per se existiert, gar nicht anders zu denken ist, als dass es sie gibt. Dieser Ausmalung des Volkes als Naturkonstante wird die populistische Herrschaft gerecht, indem sie dafür sorgt, dass sie dem Volk gegen alle Anfeindungen sein Recht verschafft. Das ist die ideologische Fassung des Souveränitätsstandpunktes der Populisten. Sie klagen die Souveränität ihrer Herrschaft ein als Notwendigkeit für den Schutz des Volkes vor seinen Feinden und legitimieren so ihre Herrschaft. (Wenn wir nicht gegen den Liberalismus der anderen vorgehen, ist das Volk in Gefahr.) Das ist die ideologische Präsentation.

— *Nochmal zum Begriff der „leeren Identität“: Soll sie darin bestehen, dass es der Herrschaft um die Basis ihrer Souveränität geht und dafür das Volk ein Mittel ist?*

„Leere Identität“ meint die unmittelbare, nicht über den „Ausgleich von Interessen“ vermittelte Identität von Volk und Herrschaft, so dass der Wille des Volkes gefasst ist als Freiheit der Herrschaft für ihre politischen Ambitionen, als staatliche Souveränität.

— *Populisten kritisieren die Politisierung von Interessen, die in der Demokratie stattfindet. Die Leute sind unzufrieden und es kommt darauf an, dass sie sich zwei Gedanken zu ihrer Unzufriedenheit machen: erstens ist dafür die Politik zuständig und deshalb ist es zweitens sehr die Frage, ob ihr Interesse zum Zuge kommt oder nicht. Diese Sorte Umgang mit der Unzufriedenheit im Volk nimmt der Populist als Kritik an dem, was Herrschaft zu sein hätte: sie soll sich unbedingt durchsetzen können. Er kritisiert an der Demokratie, dass alle politischen Verbände Einfluss auf den Staat nehmen wollen, was die Herrschaft an ihren eigentlichen Aufgaben hindert. Das Volk kommt dann zu seinem Recht, wenn es seiner Herrschaft die Handlungsfreiheit verschafft. Das ist die Kritik der Populisten und das ist mit „leerer Identität des Volkes“ gemeint. In der Verlängerung verlangen sie den Dienst des Volkes an der wirklich souveränen Herrschaft.*

— *Aus seiner Sicht entspricht der Populist in dieser Inanspruchnahme dem Willen des Volkes. Das Volk will nichts anderes.*

Am sogenannten „Verfassungspatriotismus“ kann man sich die Besonderheit demokratischer Vorstellungen von nationaler Identität klarmachen. Da wird ideologisch eine Art Selbstreflexion gegenüber der nationalen Identität konstruiert, als wäre sie das Produkt einer Reflexion: wir bekennen uns zu den Werten, weil sie uns einleuchten. Ein Populist würde dies als Abstandnahme vom eigentlichen Volkscharakter beschimpfen. Dagegen hält der Populist, dass es keine Reflexion über die Zugehörigkeit zum Volk zu geben hat. Volk, diese leere Identität, ist man nun mal, ganz ohne Bedingung.

— *In der Überschrift steht: Rechtspopulismus ist ein Pleonasmus, also eine Verdoppelung. Ist das so zu verstehen, Populismus an sich ist schon die Identität zwischen Volk und Herrschaft und dient der Bekräftigung der Souveränität der Herrschaft?*

Populismus ist ein rechter Staatsstandpunkt, weil er dem Volk gegenüber die Souveränität der Herrschaft einklagt und alles durchstreicht, was die etablierte bürgerliche Herrschaft betreibt, wenn sie sich den Konkurrenzinteressen ihrer Bürger dienstbar macht. Er will keine politischen Forderungen und politische Konkurrenz zulassen, sondern die Souveränität der Herrschaft muss sichergestellt und durchgesetzt werden; darin ist er ein absolut rechtes politisches Programm. In diesem Sinne ist es ein Pleonasmus (Verdoppelung), wenn man Populismus auch noch als rechts kennzeichnet. Wenn sich demokratische Parteien in öffentlichen Debatten gegenseitig Populismus (Links- oder Rechtspopulismus) vorwerfen, dann kritisieren sie, dass die politischen Konkurrenten in unseriöser Weise dem Volk nach dem Mund reden. Aber darum geht es hier nicht, sondern es soll klargelegt werden, was für ein politisches Programm der Populismus ist.

— *Im Artikel auf Seite 14, oben wird gesagt, in der Unzufriedenheit duldet der Populist keine konkurrierenden Interessen und keine konkurrierenden Parteien. Will er damit nicht auch gesagt haben, dass er gegen jegliche politische Opposition ist?*

Werden solche konkurrierenden, politischen Forderungen durch die anderen Parteien geltend gemacht, kann man in den diversen Ländern studieren, wie das ausgetragen wird. Zum Beispiel in Amerika: jedes Geltend-Machen alternativer politischer Positionen gehört bei Trump in die Abteilung Hetzjagd; oder in Ungarn und Polen kann man verfolgen, wie die mit ihrer Opposition umspringen.

V. Die widersprüchliche Fortentwicklung der globalisierten Konkurrenz zu einem Kampf um nationale Souveränität

Die populistische Führung definiert die Einsatzziele, wofür sie das Volk in die Pflicht zu nehmen gedenkt. Das ist nicht nur ein Programm nach innen (gegen das heimische Establishment), sondern auch nach außen, indem sie die Rückeroberung der nationalen Souveränität verspricht. Die Rückeroberung richtet sich gegen internationale Institutionen (UNO, EU, NATO, WTO) und deren, über der Souveränität der Staaten stehende, rechtsverbindliche Regelungen und Verträge. Also gegen das, was man als Globalisierung kennt, und der Sache nach ein durch zwischenstaatliche Vereinbarungen geregelter Weltmarkt ist. Sachlich ist es durchaus so, dass die Staaten, die diesen Weltmarkt bewirtschaften, ihr Kapital erfolgreich dazu ermächtigt haben, die ganze Welt zu benutzen und dabei über die eigenen Grenzen hinaus Quellen der Verwertung erschlossen haben. Einerseits ist das eine Erfolgsgeschichte hinsichtlich kapitalistischer Benutzung des geschaffenen Weltmarkts; andererseits ist zu konstatieren, dass die Staaten dabei ihre Machtgrundlagen selber nicht souverän im Griff haben. Darauf bezieht sich die außenpolitische Ambition der Populisten, die nationale Souveränität wieder herzustellen.

— *Die Souveränität, auf der die Populisten beharren, reibt sich mit der fremden Souveränität. Deren Herrschaft wird zwar benutzt für den eigenen ökonomischen Erfolg, aber als solche stellt sie die Relativierung der eigenen Herrschaft dar.*

Nicht an der anderen Souveränität stößt sich das Projekt der Populisten, sondern an der Art und Weise, wie der Zugriff auf die Quellen ihres Reichtums, die bei anderen Souveränen zu Hause sind, geregelt ist. Es stört sie nicht das Verhältnis der Nationen, dass das Interesse der einen gegen das Interesse der anderen verstößt, sondern es sind die multinationalen, internationalen Verträge und Institutionen. Dort ist festgehalten, wie man sich an den Reichtumsquellen in einem anderen Land zu bedienen hat, wie man sich mit der dortigen Staatsgewalt in Verbindung setzen und Verträge schließen muss. Nicht einfach souverän auftreten zu können, sondern gegenüber internationalen Institutionen und Regelungen (WTO, EU) verpflichtet zu sein, darin sehen die Populisten eine nicht zulässige Einschränkung der eigenen nationalen Handlungsfähigkeit.

— *Das steht spiegelbildlich dazu, wie sie nach innen konkurrieren. Nach außen stellt sich das für sie so dar, dass einerseits internationaler Handel, Weltwirtschaft und Konkurrenz sein müssen, aber die Kehrseite der Globalisierung, die Abgabe von Souveränität, geht überhaupt nicht. Dazu ist die EU ein prägnantes Beispiel.*

In diesen internationalen Regelungen sehen sie eine unzulässige Berücksichtigung anderer Interessen und eine Einschränkung ihrer Interessen. Für sich setzen sie auf die Tagesordnung, gegen diese Art von Beschränkung vorzugehen und im Verhältnis zu anderen Nationen nur noch den Standpunkt des eigenen Interesses geltend zu machen – unabhängig von internationalen Regelungen und gegen den Rest der Welt.

— *Wie ist im Artikel der letzte Satz auf Seite 15 zu erklären, dass „der ‚soziale Statusverlust‘ der eigenen Volksmitglieder in der globalisierten Welt – (dafür steht),*

dass die Staatsgewalt ihre Machtgrundlagen nicht mehr im Griff hat“?

Er bezieht sich darauf, dass die Populisten „berechtigte Sorgen“ im Volk beschwören, dass diese durch die Globalisierung ihren sozialen Status verlieren könnten. Zum Beispiel wird der berühmte Mittelstand durch die internationale Konkurrenz geschädigt, Arbeitsplätze gehen verloren und Dumpinglöhne werden eingeführt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob diese Beschwörungen stimmen oder nicht, sondern sie dienen bloß als Bebilderung, um ihren Standpunkt der durch ihre eigene Macht legitimierten, nationalen Handlungsfreiheit ins Recht zu setzen.

— Den Bezug auf das Volk kennt man von Trump, wenn er sagt, „Amerika first“, wegen der „hard working poors“ oder dem „Rust Belt“, wo große Teile der amerikanischen Arbeiterklasse arbeitslos sind. Er bezieht sich auf die hart Arbeitenden oder Arbeitslosen, die was anderes verdient haben und denen es schlecht geht, weil Amerika sich nicht auf der Welt durchgesetzt hat. In deren Namen tritt er an (ohne ihnen Verbesserungen zu versprechen) und fordert, dass seine Nation ihre Interessen auf der Welt gegen alle eingerichteten Institutionen, Verträge durchsetzen muss.

Bei dieser populistischen Kritik an der Globalisierung und an allen Schranken der eigenen Souveränität ist interessant, dass sie völlig unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg der Nationen oder von der Reichweite ihrer Macht, oder irgendwelchen eingetretenen Schäden ist. Sie verdankt sich pur dem Standpunkt der Souveränität.

Diese populistischen Programme hängen nicht davon ab, welchen Status die Nation in der internationalen Konkurrenz hat. Wenn sich allerdings dann der populistische Standpunkt betätigt und an Ansprüchen und Programmen konkret verfolgt wird, hängt es schwer davon ab, um welche Nation es sich handelt und über welche Mittel sie verfügt.

— Die Kampfansage besteht doch darin, dass sie sagen, sie wollen keinerlei internationale Regelungen und Vereinbarungen. Der Standpunkt, der allen gemeinsam ist, egal wie sie in der Konkurrenz dastehen, ist doch, die Interessen unseres Volkes haben Vorrang. Wir setzen das durch, was unserem Volk geziemt, was seiner Stellung entspricht.

Das ist eine Kampfansage, die dem nationalen Interesse wieder Gültigkeit verschaffen und die Nation von Beschränkungen der eigenen Souveränität freimachen soll. Das resultiert in ganz unterschiedlichen Programmen. Sich an keine internationalen Regelungen mehr zu halten und internationale Verträge aufzukündigen, das ist exklusiv eine Fassung des Populismus von Trump. Das unterscheidet sich von dem politischen Streit innerhalb der EU, mit dem die populistischen Regierungen zwar nationalistisch antreten, aber nicht die Auflösung der EU fordern. Ihr Populismus hat den Inhalt, innerhalb der EU mehr Berücksichtigung gegenüber den Partnern zu erkämpfen und nationale Rechte zurückzugewinnen. Was aus diesem Kampfstandpunkt wird, entscheidet sich an dem, was sich die jeweiligen Staaten für ihre Nation vornehmen und – im Hinblick auf ihre unterschiedlichen Mittel – auch vornehmen können.

Auf alle Fälle halten sie alle an ihren imperialistischen Ambitionen über das eigene Land und in Hinblick auf die Benutzung der ganzen Welt fest.